Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Julihälfte 10000.— Mk. Einzelverkaufspr. 900 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 1600.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1200 Mk., für Reklamen 6000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 155. Freitag, 6. Juli 1923. 30. Jahrgang.

Dumping-Wirtschaft oder wertbeständiger Lohn.

Ergebnisloser Verlauf der Verhandlungen.

Das Reichsarbeitsministerium verbreitet eine kurze Notiz, nach der am Donnerstag die Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Einführung wertbeständiger Löhne verhandelt hat. Da ein endgültiges Ergebnis noch nicht erzielt worden sei, werde sich nunmehr das Reichskabinett unmittelbar mit dieser Frage befassen.

Hinter jenen nüchternen Zeilen verbergen sich sehr ernst zu nehmende Auseinandersetzungen. Es darf nicht vergessen werden, daß innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft, erst getrennt und dann gemeinsam, unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit Wochen verhandeln. Das Reichsstatistische Amt ist auf Verlangen der Gewerkschaften in der Zwischenzeit zur Veröffentlichung eines provisorischen Wochenindex übergegangen, es wird von Mitte Juli ab die neue Meßziffer, wie sie von den Gewerkschaften aller Richtungen verlangt wurde, wöchentlich veröffentlichen. Kommissionsberatungen haben immer erneut stattgefunden. Jeder Versuch zur Verständigung scheiterte zuletzt daran, daß die Unternehmer keinen Lohn zubilligen wollen, der seine innerdeutsche Kaufkraft sicherstellt. So führte auch in der schwerwiegenden Kommissionssitzung am Donnerstag der Vorschlag der Unternehmer, die Löhne und Gehälter an das Goldzollaufgeld zu binden, zum Abbruch der Verhandlungen.

Das Goldzollaufgeld ist, wie die statistischen Untersuchungen ausweisen, zeitweise über den Dollarstand hinausgegangen, es wird dreiwöchentlich vom Reichsfinanzminister unter den verschiedensten Gesichtspunkten, im besonderen des Außenhandels, festgesetzt. Das Goldzollaufgeld macht nahezu jede Schwankung des Dollars mit, es wirkt für den Export durchaus als spekulatives Moment. Hieran sollen die Löhne und Gehälter der Millionen und aber Millionen, die nach wertbeständigen Löhnen verlangen, gebunden werden! Die Unternehmer erklärten dazu, daß sie andere Vorschläge nicht zu machen gewillt seien; darüber hinaus seien sie der Auffassung, daß eine Verständigung mit den Arbeitnehmern im Rahmen der Zentralarbeitsgemeinschaft überhaupt nicht möglich sei. Man brauche Zeit, um die Frage weiter zu studieren, und einen größeren Diskussionskreis, um die Forderung der wertbeständigen Löhne zu klären.

Die Spitzenverbände der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die mit den Beamtenorganisationen gemeinsam die einheitliche Front der Arbeitnehmer bilden, empfanden mit Recht jene Begründung als Ausreden, Versuche, um einen Entscheid irgend welcher Art herumzukommen. Sie erklärten deswegen, daß ihre Lust, mit den Unternehmern zu gütlichen Vereinbarungen zu kommen, auf dem Nullpunkt angelangt sei, jetzt müssen, angesichts der Wichtigkeit der ganzen Frage, andere Stellen die Entscheidung fällen.

Noch am gleichen Nachmittag, sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Unternehmern, sind die gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit dem Reichskabinett in Verbindung getreten. Sie haben ihre Meinung in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Es wurde verlangt und zugesichert, daß sich das Reichskabinett sofort mit der Frage der wertbeständigen Löhne beschäftige. Jetzt hat der Vater Staat, als der größte Arbeitgeber in Deutschland, seine Pflicht zu tun. Er muß die wertbeständigen Löhne einführen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu ihrem Teil in dieser Frage ebenfalls Stellung genommen.

So werden die nächsten Tage wichtige Entscheidungen bringen müssen. Schon viel ist darüber gesprochen worden, daß der wertbeständige Lohn die Befreiung der Arbeitnehmer von einem bösen Alp zu bringen hat. Jetzt erstickt in den Sorgen, ob der Tagesverdienst morgen noch Kaufkraft hat, jede Sorge um unsere Zukunft. Aber das ist nur eine Seite der Sache. Nicht übersehen werden darf, daß die Unternehmer doch letzten Endes gegen den wertbeständigen Lohn sind, weil er in seinen Auswirkungen das derzeitige Export-Dumping, das auf den stetig sinkenden Löhnen aufgebaut ist, unmöglich zu machen geeignet ist. Der Wertbeständigkeit der Löhne muß die Wertbeständigkeit der Steuern, müssen die wertbeständigen Kredite der Reichsbank nachfolgen. Dann kommt im Zusammenhang mit der Klärung auf der Ausgabenseite unseres Reichsetats — Summe der Wiedergutmachungen — nicht nur die neue Währung, sondern auch eine nüchterne Helle über den wirklichen Gehalt und die tatsächliche Rückbildung unserer Wirtschaft. Wir werden dann sehen, wie arm wir geworden sind und wer es verstanden hat, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu retten.

Der Papierlohn von heute ist in den Preisberechnungen ein schwankender Faktor, der bei jedem neuen Marksturz sich in Gewinnvorteilen auswirkt. Das führt nicht nur zur stets weitergehenden Verelendung der breiten Massen, sondern auch zu einem zunehmenden Rückschritt unseres industriellen Produktionsapparates. Die technische Entwicklung, die organisatorische Durchbildung, die Befähigung zum siegreichen Kampf der deutschen Ware auf dem Weltmarkt stirbt ab. Aber was stört das die, die an der Dumping-Wirtschaft Interesse haben? Deutlich ist schon erkennbar, daß bei den Unternehmern in bestimmten Kreisen die Erkenntnis jener Gefahr wächst. Aber wie bei dem Angebot der deutschen Industrie die Rücksichtslosigkeit der Kurzsichtigen siegte, so gewann sie auch bei den Versuchen einer gütlichen Verständigung mit den Arbeitnehmern die Oberhand.

Jetzt hat die Reichsregierung das Wort. Die Arbeitnehmer aller Richtungen sind sich darin einig, daß es in Zukunft keinen Tarifabschluß mehr geben kann, ohne daß um die Einführung der Wertbeständigkeitsklausel, der Anpassung der vereinbarten Grundlöhne an den wöchentlichen Lebenshaltungsindex des Reichsstatistischen Amtes, verhandelt und, wenn es nicht anders geht, gekämpft wird. Kämpfen wir, wie wir es in ernsten Zeiten gelernt haben: nicht nur unerbittlich, sondern auch um das Wohl der gesamten Arbeitnehmerschaft. Zu ihnen gehören die Sozialrentner, die notleidenden freien Berufe, alles, was heute mit Papiermark betrogen wird. Ihnen allen wird die Wertbeständigkeit den Blick wieder frei machen, sie werden neuen Mut gewinnen, mit fester Hand den Staat nach ihrem Willen zu gestalten.

Die Todesurteile.

SPD. Dortmund, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf hat am Donnerstag die Revision der von dem Mainzer Kriegsgericht zum Tode verurteilten sieben Deutschen und der gleichzeitig mit ihnen zu Zuchthaus bezw. Gefängnis verurteilten Beschuldigten verworfen. Die kurze Verhandlung ging in Abwesenheit des Verteidigers der Angeklagten vor sich.

Die Tatsache, daß das Todesurteil gegen Georges bisher nicht ausgeführt wurde, läßt in uns die Erwartung reifen, daß es auch in Zukunft nicht ausgeführt werden wird und ebenso die neuesten sieben Todesurteile keine Durchführung erfahren. Wir betonen auch heute, daß Frankreich nicht das Recht zusteht, über Attentate zu urteilen, die zwar wider das deutsche Gesetz verstoßen, aber in deutschen Gebietsteilen vor sich gegangen sind, deren Besetzung widerrechtlich erfolgte. Es liegt nur im Interesse Frankreichs, wenn seine Regierung auf neues Blutvergießen verzichtet und den deutschen Nationalisten keine Möglichkeit gibt, erneut Märtyrer zu stempeln. Neuerdings verlautet übrigens, daß die französische Regierung bereit war, Schlageter zu begnadigen und Poincare sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen hatte. Diese Begnadigung soll aber vereitelt worden sein durch ein neues Attentat unserer Nationalisten, von dem der französische Ministerpräsident angeblich Kenntnis erhalten, als er im Begriffe war, die Begnadigung zu unterzeichnen.

✱

SPD. Elberfeld, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verkehrssperre wird nach wie vor rücksichtslos durchgeführt. Am 4. Juli wurde der Arbeiter Dienhöfer aus Alperbeck in der Nähe der Zeche „Schleswig" bei dem Versuch, die Grenze zu überschreiten, in einem Straßengraben erschossen. — In Lünen meuterten am 2. Juli französische Truppen. 35 verhaftete Franzosen brachen aus dem Gefängnis aus und entkamen.

Brutaler französischer Schießerlaß.

Westhofen, 5. Juli.

Die französischen Grenzposten haben Anweisung erhalten, künftig ohne Anruf auf Personen zu schießen, die die Grenze überschreiten wollen. Im sogenannten Schwerter Loch ist die Grenzwache durch Infanterie und Kavallerie besonders verstärkt worden. Die „Schwerter Zeitung" wurde für Westhofen verboten.

Eine deutsche Note an Frankreich.

Berlin, 5. Juli.

Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Durch gewaltsame Eingriffe waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärpersonen im altbesetzten und Einbruchsgebiete über 30 Milliarden Mark fortgenommen worden. Unter Nichtachtung der von deutscher Seite dagegen gerichteten Proteste ist das gewaltsame Vorgehen gegen den Reichsbankbetrieb, namentlich im Einbruchsgebiet, auch seither fortgesetzt worden. Die deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens gegen die Reichsbank erneut fest. Selbst im Kriege würden die Zugriffe auf das Privateigentum der Reichsbank, deren Charakter als vom Reichsfiskus unabhängige Privatinstitut im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Rheinland-Kommission noch verstärkt worden ist, widerrechtlich sein. Gegen die dauernde Nichtachtung der klaren Rechtslage durch die französischen Zivil- und Militärstellen legt die deutsche Regierung schärfste Verwahrung ein. Die dauernden Eingriffe drohen die infolge der Besetzung ohnedies erschwerte Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet, namentlich hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, nahezu unmöglich zu machen. Die deutsche Regierung fordert die Rückgabe der fortgenommenen Beträge und behält sich selbst und der Reichsbank alle Ersatzansprüche vor.

Reichstag.

375. Sitzung vom 5 Juli, nachm. 2 Uhr.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung bezweifelt Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) die Zulässigkeit der gestern vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Antrag auf Ausschuß-Ueberweisung des sozialdemokratischen Bayern-Antrages. Präsident Loebe schließt sich diesem Zweifel an; auf seinen Vorschlag wird die Frage dem Aeltestenrat und Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. — Debattelos werden angenommen der Gesetzentwurf über Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet und eine zehnte Ergänzung des Besoldungsgesetzes. Dann kommt zur Beratung der Antrag Müller-Franken (Soz.): Der Reichstag verlangt, daß die vom Gesamtministerium des Freistaates Bayern erlassene Verordnung vom 11. Mai außer Kraft gesetzt werde. Den Antrag begründet

Abg. **Unterleitner** (Soz.):

Niemand wünscht mehr als wir Sozialdemokraten, daß sich der Reichstag nicht so oft mit Bayern auseinandersetzen müßte. Daß dem nicht so ist, ist die Schuld der Zustände in Bayern. (Sehr wahr b. d. Soz.) Eine Reichsregierung wird außerpolitische Erfolge nur in dem Maße erreichen können, wie ihre Autorität im Innern des Landes berechtigt ist. (Sehr richtig!) Duldet aber eine Regierung Verschwörertätigkeit, Mordorganisationen, bewaffnete Banden zum Sturz der Regierung, so kann von Autorität innerhalb und außerhalb des Landes keine Rede sein. Aus außenpolitischen Gründen stellt sich die Tätigkeit der erwähnten Kreise Bayerns als vollendetes Verbrechen des Landesverrats dar. Aber in Bayern werden nicht die Landesverräter unschädlich gemacht, sondern mit Hilfe der sogenannten Notverordnung diejenigen unterdrückt und verfolgt, die deren Verbrechen an das Licht des Tages bringen und verhindern wollen. Bis auf den heutigen Tag ist in Bayern gegen die Organisationen, die im ganzen übrigen Reiche verboten sind, nichts unternommen worden. Vielmehr hat seit dem 11. Mai, dem Tage des Erlasses der Notverordnung, die Verfolgung der Republikaner in Bayern den Gipfel der rücksichtslosesten Brutalität und Einseitigkeit erreicht. Sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen bis auf eine sind unter der Notverordnung verboten gewesen oder noch verboten und nur deshalb, weil sie ihre staatsbürgerliche, republikanische, vaterländische Pflicht erfüllten und Nachrichten brachten über den Stand oder Bestand der mit französischem Gelde arbeitenden Geheimorganisationen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Aber nicht nur die Presse der Sozialdemokratie wird geknebelt. Auch in die öffentlichen Kundgebungen der Sozialdemokraten und der frei organisierten Arbeiterschaft, ja sogar in gesellige Veranstaltungen und in Akte der Pietät wird mit rauher Polizeifaust, schlimmer als unter dem Sozialistengesetz, hineingefahren. Auf der anderen Seite marschiert der Todfeind der Republik und der Einheit des Reiches in Bayern offen zur Gegenrevolution auf. Durch diese bayerische Gegenrevolution wird auch der heldenmütige Abwehrkampf in der Pfalz, an der Ruhr und im ganzen besetzten Gebiete gefährdet. Es taugt nicht zur Förderung des schweren Ringens, sondern nur zur Zermürbung bei, wenn eine Regierung die gleichen Methoden gegen eigene Volksgenossen anwendet wie die Besatzungsbehörden. Unser Antrag entspricht einem vergewaltigten Rechtsgefühl, denn auch in Bayern hat es den Anschein, daß die Gerechtigkeit gestorben ist. Unser Antrag entspringt auch der ernsten Sorge um die Einheit des Reiches und die Erhaltung der Republik. Denn äußere und innere Feinde haben sich besonders Bayern zu ihrem Wirkungsfeld erwählt. Was die bayerische Regierung in ihrem Aufruf zur Notverordnung als Grund für ihre Verordnung angibt, trifft lediglich für die rechtsradikalen Kreise in Bayern zu. Gegen die Feinde der Republik und der Staatsordnung vorzugehen, dafür hätte aber das Republikschutzgesetz genügt. Aber natürlich kann man von der bayerischen Regierung nicht verlangen, daß sie sich für den Schutz der Republik einsetzt. Die Notverordnung ist nichts anderes als ein Mittel zur Knebelung der freiheitlich-republikanisch denkenden Arbeiterschaft und eine Provokation des Reiches. Von vornherein hatte man die Empfindung daß diese Verordnung in der Hauptsache gegen die republikanische Bevölkerung angewendet würde, und diese Befürchtungen rechtfertigen sich immer mehr.

Mit dieser Verordnung hat die bayrische Regierung, das ist meine Ueberzeugung, einem Befehl der rechtsradikalen Kreise Folge geleistet. Tatsächlich wird sie auch im Sinne der Führer bayrischer Geheimorganisationen angewendet. „Vaterländische Kundgebungen" sind ohne weiteres erlaubt; auch dient die Verordnung zum Schutze der Arbeitswilligen. Felddienst- und Geländeübungen sind zwar verboten; in der Praxis werden sie zu den vaterländischen Kundgebungen gerechnet. Auf Grund der Notverordnung verlangen die Rechtsradikalen, daß diejenigen ins Zuchthaus kommen, die sich gegen die Sabotageakte im besetzten Gebiet wenden. Das schlimmste aber ist, daß Verfehlungen gegen die Notverordnung vor Volksgerichten abgeurteilt werden, und daß der Vollzug der Verordnung Polizeiorganen übertragen ist, deren Korruption ein offenes Geheimnis ist. Die Polizei von München und Nürnberg hat in den breitesten Kreisen des Volkes jedes Vertrauen verloren, weil Nationalsozialisten, Polizei, Reichswehr und Verwaltungsbureaukratie vielerorts für die Bevölkerung gleichbedeutende Begriffe sind. Seit dem Erlaß der Notverordnung hat sich die Hetze gegen die Republik und die Reichsregierung nur gesteigert. Unparteilichkeit kennt man in Bayern nicht. Bezeichnend dafür, wie die Polizei in Bayern haust, ist, daß die Nürnberger Polizei bei ihrem Vorgehen gegen die Fenchter Arbeiterschaft nicht ihrem unmittelbaren Vorgesetzten, sondern den Befehlen eines Mitgliedes der „Reichsflagge" folgte. Bei Veranstaltungen der Hitlergarde greift die Polizei nicht ein, auch nicht, wenn, wie bei der Fahnenweihe in Passau, die Hitlerbanditen Ein- und Ausgang des Bahnhofes bewaffnet besetzten, und wenn man Leuten auf der Straße die republikanischen Abzeichen herunterreißt. Die Roheit und Frechheit der Hakenkreuzler ergibt sich auch aus der Art und Weise, wie diese den Kommerzienrat Fraenkel in München verprügelt haben, ohne daß die Polizei eingegriffen hätte. Der „Völkische Beobachter" durfte vielmehr diese Tat noch verherrlichen. Weil ein fränkischer Bürgermeister den früheren Kronprinzen nicht mit „Königliche Hoheit" begrüßte, wurde er von den Hakenkreuzlern in der unglaublichsten Weise bedroht und beschimpft. Für die rechtsradikalen Kreise besteht die Notverordnung einfach nicht. Sie

können ihr Unwesen weiter treiben. Sie halten auch weiter Felddienstübungen ab, was sich aus Befehlen an die Hundertschaften der Nationalsozialisten und an die Roßbachtruppen ergibt. Gegenüber den Veranstaltungen der Arbeiterschaft arbeitet man aber mit allen Schikanen. Als Lehrlinge in München auf dem Fabrikplatz ihre Lehrlingsangelegenheiten besprachen, stürmten Kriminalpolizisten auf sie ein und nahmen den Leiter gefangen: dabei haben diese Jungen nur besprochen, was ihnen auf Grund des Betriebsrätegesetzes zustand. Die Denkmalenthüllung für Vollmar in München konnten wir nicht vornehmen, weil uns die Polizei zu entwürdigende Bedingungen stellte. Hand in Hand mit diesem einseitigen Vorgehen geht eine regelrechte Mundtotmachung der sozialdemokratischen Zeitungen. Selbst ein Mitteilungsblatt der Partei und der Gewerkschaften herauszugeben wurde uns verboten. Und weshalb erfolgten die Verbote? Nur weil die Gefahren aufgezeigt wurden, die in Bayern der Republik drohen. Unser Aschaffenburger Parteiblatt wurde auf 14 Tage verboten, weil es einen Artikel „Reichswehrblock Roßbach" über rechtsradikale Umtriebe in Magdeburg zum Abdruck brachte. Auch eine Versammlung gegen diese Preßknebelung wurde vom Staatskommissar kurzerhand verboten. Zum Schluß meiner Ausführungen stelle ich fest, daß in Bayern die Verfassung für die republikanische Bevölkerung nicht gilt, sondern daß in Bayern in Wort und Schrift seine Meinung nur äußern darf, wer zu den Nationalsozialisten gehört. Die Notverordnung wird mit aller Rigorosität gegen links gehandhabt, mit aller Nachsichtigkeit geht man gegen die Rechtspresse vor, obwohl dort offen zum Bürgerkrieg aufgehetzt wird. Ich kann den Reichstag nur bitten, die Gefahr, die von Bayern droht, nicht zu unterschätzen und unserem Antrage stattzugeben, damit es auch in Bayern möglich ist, die Republik zu verteidigen und zu sichern. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Außer dem Abg. **Remmele** (Komm.) hat sich niemand zum Wort gemeldet. Nach den Ausführungen Remmeles wird der sozialdemokratische Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die nächste Sitzung Freitag, 2 Uhr nachm.: Kleinere Vorlagen; Aufwertung der Verbrauchssteuern. — Schluß nach 4 Uhr.

*

Was tut der Reichstag?

Seit über acht Wochen hat der Reichstag zu den schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen nicht mehr Stellung genommen, obwohl das Volk geradezu mit Schmerzen auf ein Wort der Regierung und seiner Volksvertretung in der so schwierigen Situation wartet. Alles blickt nach Berlin, ohne daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung aber auch nur im geringsten daran denken, dem allgemeinen Wunsch der Bevölkerung nachzukommen. Die Sozialdemokratie hat mit Entschiedenheit verlangt, daß der Reichstag sich noch im Verlauf der jetzigen Tagungsperiode mit den schwebenden politischen Fragen beschäftigt. Hierzu liegt um so mehr Veranlassung vor, als das Parlament jetzt in die Sommerferien gehen soll, sodaß fast fünf Monate die Bevölkerung Deutschlands und das Ausland weder etwas über die Stellungnahme der Parteien noch der Regierung zu den schwebenden politischen Fragen erfährt. Der gegenwärtige Reichskanzler und der Außenminister, beides seltene Erscheinungen im Parlament, versuchten auch diesmal eine politische Debatte mit dem Hinweis auf die außenpolitische Lage unmöglich zu machen. Die bürgerlichen Parteien haben natürlich allen Anlaß, der Regierung in diesem Sinne Gefolgschaft zu leisten und über die politischen Tagesprobleme zu **schweigen, weil sie in der Tat dem Volke nichts zu sagen haben.** Ihre Politik der letzten Wochen ist derart, daß sie zweifellos besser tun, jede Erörterung vor der Oeffentlichkeit zu vermeiden. Dementsprechend hat auch der Aeltestenrat am Donnerstag beschlossen, auf eine politische Debatte zu verzichten. Die Sozialdemokratie wird am Freitag bei Festsetzung der Tagesordnung für die Sonnabendsitzung erneut auf ihrer Forderung bestehen, sodaß mit einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte zu rechnen ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß eine Aussprache im Reichstag gerade im Interesse der Abwehr notwendig ist, dem Auslande erneut gezeigt werden kann, daß Deutschland gegen jedes Verbrechen an der Ruhr ist und nur mit geistigen Waffen kämpfen will, andererseits aber auch trotz der schwierigen außenpolitischen Lage die notwendige Rücksicht genommen werden kann, sodaß mit neuen Komplikationen durch eine Reichstagsdebatte nicht gerechnet zu werden braucht.

So negativ, wie sich die bürgerlichen Parteien zu den politischen Tagesfragen verhalten, so negativ erschienen sie auch bei der Behandlung von Steuerfragen, wenigstens so lange es heißt, die Lasten auf das Volk abzuwälzen. Am Freitag stehen im Reichstag die Verbrauchssteuern zur Beratung. Der Reichsfinanzminister wir dbei dieser Gelegenheit im Namen der Reichsregierung erklären, daß in Zukunft die Vermögenssteuer nach dem tatsächlichen Verkaufswerte eingezogen werden soll. Diese Erklärung kann niemanden, der es mit dem Wohl unseres Landes wohl meint, genügen. Die Sozialdemokratie verlangt eine **grundsätzliche Reorganisation unseres Steuerwesens.** Sie ist der Auffassung, daß ausschließlich eine Erhöhung der Verbrauchssteuer weder eine innen- noch außenpolitische Entlastung darstellt. Sowohl die Reichsregierung wie die bürgerlichen Parteien sind zu einer derartigen Reorganisation bisher nicht bereit. Die Sozialdemokratie wird deshalb den Verbrauchssteuern ihre Zustimmung versagen!

*

Von den Arbeitnehmer-Spitzengewerkschaften aller Richtungen wird uns mitgeteilt:

„Die mit den Vertretern der Arbeitgeber unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers am 5. Juli geführten Verhandlungen über die Anwendung des Lebenshaltungsindex auf die vereinbarten Löhne und Gehälter sind ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie die Frage, trotzdem sie seit Wochen im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung steht, noch nicht als genügend geklärt ansehen und weil sie es nicht für möglich halten, ohne Heranschaffung weiteren Materials und dessen sorgfältiger Prüfung zu einer Verständigung zu kommen. Die Spitzengewerkschaften haben, zumal die Arbeitgeber lediglich den als Meßziffer bereits abgelehnten Goldzollanschlag erneut vorschlugen, die in dem von Arbeitgeberseite gestellten Vertagungsantrag liegende weitere Verzögerung nicht mehr für vertretbar angesehen. Unabhängig von der weiteren Verfolgung ihrer Vorschläge, innerhalb der laufenden Tarifverhandlungen halten sie es für unbedingt erforderlich, daß zunächst den Wünschen der Staatsarbeiter- und Beamtengewerkschaften auf Uebernahme des Anpassungssystems sofort nachgekommen wird. Das Kabinett ist von dieser Stellungnahme der Spitzengewerkschaften noch am gleichen Tage verständigt worden."

Metallarbeiterstreik in Berlin.

Die Metallarbeiter Berlins stimmten am Donnerstag vormittag über die Annahme bezw. Ablehnung des zweiten Schiedsspruchs ab. Auch diese Abstimmung ergab die notwendige Zweidrittelmehrheit für den Streik. Abends versammelten sich die Funktionäre, die inzwischen eingesetzte Streikleitung und der Ortsvorstand, um über die Einleitung des Ausstandes Beschluß zu fassen. Mit einer Durchführung des Streiks ist bestimmt zu rechnen.

Der Gegensatz zwischen London und Paris.

Die Besprechungen zwischen London und Paris, ebenso der Kabinettsrat der englischen Regierung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und dürften jedenfalls auch vorläufig eine Entscheidung nicht ermöglichen. Frankreich denkt im Bewußtsein seiner Stärke vorläufig nicht daran, die Idee der Besetzung des Ruhrgebietes bis zur endgültigen Zahlung der deutschen Reparationsleistungen aufzugeben, während die englische Regierung annehmlich zurzeit noch genaue Angaben über die Art einer staffelweisen Räumung, wie sie auch vom Papst verlangt wurde, fordert. In der Tat scheint dieser G e g e n s a t z, wie ein Teil der französischen Presse aus guten Gründen behauptet, u n ü b e r b r ü c k b a r. Wenn trotzdem die englische Presse ihre Drohungen mit einer Sonderaktion Englands eingestellt hat und im allgemeinen jetzt äußerste Zurückhaltung übt, obwohl die italienische Regierung inzwischen offiziell zu verstehen gegeben hat, daß sie sich der Politik des Kabinetts Baldwin im wesentlichen anschließt, dann beweist das, daß man in England die Bemühungen zu einem Kompromiß wenigstens vorläufig nicht aufgeben will. Die Unterstützung Englands durch Italien dürfte aber Frankreich auch kaum von seinem bisherigen Standpunkt wesentlich abbringen. Herr Poincare kennt seine Trümpfe ganz genau, er weiß, daß die Kraft der englischen Regierung im Augenblick nur in der Moral liegt und er hofft erst eine Wirkung dieses moralischen Druckes, wenn Deutschland bereits der Kapitulation nahe ist. Die Differenzen über die Lösung des Ruhrkonfliktes innerhalb der englischen Regierung werden ihn sicherlich auch in der Auffassung bestärken, daß England ihm trotz seiner jetzigen Haltung einmal doch Zusagen in grundsätzlichen Fragen machen wird.

Wir haben nie große Hoffnungen auf eine englische Intervention gesetzt, weil sie u. E. schon auf Grund der gegenwärtigen Machtkonstellation in Europa lediglich zu einem Kompromiß führen kann, das auf Kosten Deutschlands ausgetragen wird. Infolgedessen blieben wir unserer bisherigen Auffassung treu, und halten wenigstens einen deutschen Versuch zu direkten Auseinandersetzungen mit Frankreich ohne Ausschluß Englands für angebracht.

*

L o n d o n, 6. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, daß nach der gestrigen Kabinettssitzung die Lage in politischen Kreisen als äußerst ernst angesehen werde. Besprechungen mit Frankreich könnten nur auf neuer Grundlage aufgenommen werden. Lord Curzon habe in seiner letzten Unterredung dem französischen Botschafter erklärt, die Geduld des britischen Parlaments und der englischen Nation sei beinahe erschöpft. Die englische Regierung würde, wenn auch mit Widerwillen, eine unabhängige Aktion vornehmen, wenn seine Verbündeten ihren Standpunkt nicht ändern würden.

Papst und Sabotageakte.

Der Reichskanzler verhandelte auch im Verlauf des Donnerstag mehrfach mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli über die Sabotageakte an der Ruhr und die Möglichkeiten der Verhinderung dieser Attentate. Die Regierung wird nach dem Abschluß der Verhandlungen, die für Freitag erwartet wird, eine Erklärung veröffentlichen, in der sie ihre Mißbilligung über die Sabotageakte zum Ausdruck bringt.

Wir bringen erneut die Erwartung zum Ausdruck, daß eine Mißbilligung mit gleichzeitiger Ankündigung von Strafen gegen die Attentäter erfolgt. Wie notwendig das ist, ergibt sich immer wieder aus den rechtsgerichteten Organen, die nach wie vor zu Dynamitattentaten auffordern und die Attentäter als Helden preisen. Die „Deutsche Zeitung" geht sogar so weit, den Vertreter des Papstes anzugreifen, weil er es gewagt hat, die Reichsregierung auf politische Notwendigkeiten aufmerksam zu machen. Nach ihrer Ansicht wäre es dringend notwendig, „daß aus Kreisen nationalgesinnter Katholiken sofort eine Kundgebung an die katholischen Kirchenfürsten Deutschlands erfolgte mit der Bitte um schleunige Weitergabe an den „Heiligen Vater". Die Kundgebung soll den Vatikan davon in Kenntnis setzen, „wie seine Parteinahme in katholischen Kreisen des deutschen Volkes empfunden wird." Wer sind die „katholischen Kreise", die die „Deutsche Zeitung" zu vertreten angibt? Es dürfte in Deutschland kaum einen ehrlichen Katholiken geben, der die Sabotageakte nicht verurteilt und daher das Eingreifen des Papstes begrüßt.

Westerland.

Paul Georg Münchs vortrefflichem Buch: „Mit Jungvolk aller Länder auf Sylt" entnehmen wir dies zeitgemäße Kapitel.

Wir gingen an den Strand und sahen die Kurgäste im Familienbade. Die Damen und Herren lagen im Sande oder rekelten sich auf Strandstühlen, sie kokettierten, die Damen rauchten Zigaretten, derweilen die Herren die neuesten Kurse lasen, die ihnen die Flugpost oder der Telegraph zutrug.

Unser Gustl fragte mich am Badestrand: „Worauf warten denn die? Warum ziang die denn sie net aus?"

„Mein lieber Gustl, die sind schon badfertig, sie haben nur etwas mehr zu verhüllen, als die Menschen von Puan Klent . . ."

Die Fräuleins trugen Badekostüme von einem verschwenderischen Luxus ohnegleichen. Hätten sich zehn arme Bräute in ein solches Badekleid teilen dürfen, wäre keine von ihnen um reichen Ausputz ihres Brautkleides verlegen gewesen.

Den Kindern beim Spielen am Strande zuzuschauen, entlockte meinem Wölfchen ein Lächeln ganz besonderer Art. Ein achtjähriger Junge gab seiner Gouvernante an, was sie im Sande für ihn zu bauen habe. Zehnjährige Mädchen spielten am Strand in weißen Handschuhen, auf daß sie ihre manikürten Hände nicht mit Seesand beschmutzten. Mädchen über zehn Jahre durften, um den Elfenbeinteint nicht zu gefährden, nur unter dem Sonnenschirm promenieren.

Ich ließ meine Jungen und Mädels alle diese Bilder recht beschaulich betrachten, und richtig, den reiferen kribbelte es wohl in den Fingerspitzen.

Auf einer großen Rutschbahn, einem funkelnagelneuen, mächtigen Holzbau, der etwa soviel Holz verschlungen haben mochte, wie man zu sechs Zweifamilienhäusern braucht, rutschte alt und jung von der Düne zum Strand. Erwachsene Menschen rutschten. Vormittags zehn Uhr. Eine Gruppe rutschender Damen, die mit ihren Kavalieren zu einer Kette verschlungen waren, fielen [illegible] auf dem Schoße — wir wußten nicht: hatten die Herrschaften in der Morgenfrühe schon oder noch getrunken? Erwachsene Menschen rutschten. Wir sahen das Sinnbild der deutschen Mark. Dann schreiben diese Herrschaften vielleicht empörende Aufsätze: Nur Arbeit kann uns retten! Nein, diese Leute schreiben ihre Scheckbücher, sonst nichts.

Plakate lockten: K i n d e r s c h ö n h e i t s k o n k u r r e n z!! Wir hatten Glück: Diese „Sensation der Saison" vollzog sich gerade heute nachmittag! Und zwar so: In einem Kaffeegarten flanierten halbwüchsige, nach der Mode von morgen gekleidete Jungen und Mädchen. Jeder schmunzelnde Herr erhielt eine weiße Nelke, die mußte er dem Mädchen in die Hand drücken, das er für das schönste hielt. Welch beglückendes Hochgefühl, wenn die Mädchen an den alten Wüstlingen vorbeischwänzeln und sich Nelken erbetteln durften! Und die Damen hatten mit ihren roten Nelken den nach ihrer Meinung schönsten Jungen auszuzeichnen!

„Den da! Nein, diesen süßen Bengel . . .!"

Gibt es auf Erden etwas Widerlicheres als solchen Affenmarkt? Wir hatten Glück, sagte ich. Diese häßlichen Bilder werden meinen Jungen und Mädels durch Jahrzehnte nachleuchten als Dokumente [illegible] Sinnlichkeit, als Gegenbeispiele vernünftiger Erziehung, als Zeichen einer Zeit, die Arbeiten predigte und das [illegible].

Aber mit der Schönheitskonkurrenz der zweibeinigen Affen ist's in Westerland nicht genug. Die Litfaßsäulen verrieten noch Schöneres: „1. Augustwoche: Große Hunde-Schönheitskonkurrenz!" In den Modegeschäften waren bereits brokatseidene Pudelschleifen ausgelegt. Und zu derselben Zeit froren in der Kinderkolonie „Vogelkoje" kleine Mädel, denen die Mutter nur ein einziges fadenscheiniges Hemdchen hatte mit auf die Reise geben können. . . .

Das Meer in Grün und Silber, Sonne über den Dünen, Möwenspiel im Sturm, ein Weltenwinkel von unsäglicher Schönheit, und was treibt der Mensch, dem solche Gnade wurde?

Kahlbaum-Pavillon. 20. Juli: Apachenball! Gesellschaftstoilette ausgeschlossen. Prämiierung des rassigsten Apachenpaares. — Hotel zum Deutschen Kaiser. 23. Juli: Großer Dielenzauber! Karnevalsflocken, selig Gekicher. Vor Ueberraschungen ist keiner sicher!

Eine Ueberraschung war es für uns, daß die Pescecani von Westerland nicht nur Genießer sind, sondern sich auch politisch betätigen, und zwar als antirepublikanische Apachen. Etwas verschämt meldete in der Wandelbahn am Strande eine Bekanntmachung: B e l o h n u n g! In den letzten Tagen sind schwarzrotgoldene Flaggen am Strande heruntergerissen worden usw. Die Kurverwaltung.

Sie wollen bessere Deutsche sein, als das Revolutionsgesindel, das sich unter Schwarzrotgold zusammenfindet, und sie saßen bei internationalen Schnäpsen, aßen die Leckerbissen, die Deutschland nicht bezahlen kann, ließen sich von ausländischen Schneidern kleiden und tanzten zwischen Kokainbeps und Schimpansentrott neue, schwüle Exzentriktänze. Die musterdeutschen Fahnenstürmer hatten die Wälle ihrer Sandburgen mit Sektflaschen garniert, und meinen sprachkundigen Quartanern machte es Vergnügen, die französischen Aufschriften zu entziffern.

Plötzlich wandten sich Muriel und Annuzza mit einem schämigen Blick der Entrüstung von der Säule weg. Astoria. Mittwoch, den 26. Juli: P r ä m i i e r u n g d e s s c h ö n s t e n D a m e n k n i e s!

Nun male man sich die Psyche, nein, das wäre zuviel verlangt, man male sich die Züge der Lebegreise, die eine Goldmark für die Preisrichterkarte entrichtet haben und nun auch etwas dafür haben wollen! Und man denke darüber nach, wie die Einbildungskraft der Westerländer Jugend in den Reifejahren mit diesem schreiend großen Plakate spielen wird! Plakatsäulen? S c h a n d s ä u l e n! Mittelalterliche Staupsäulen müßten hier stehen, die Verbrecher an der Jugend zu stäupen.

Aber nicht genug mit der Erotik. Das Bodspiel wird zur Gemeinheit, zur Herausforderung der Oeffentlichkeit. Wir trauten unsern Augen kaum, als wir sahen, was ein Plakat in die Straßen jubelte: Trocadero. Die Presse schreibt: Devisen fest! Darum Sonntag, den 6. August: Das große Devisenfest! Beginn der Börse 10 Uhr. !! A b g a b e v o n A n t e i l s c h e i n e n!!

Was es mit der Abgabe von Anteilscheinen auf sich habe, verstanden meine Jungen nicht. Und hier mußte ich ihnen die Antwort schuldig bleiben. Denn das bezog sich natürlich auf den börsenmäßigen Verkehr der Herren mit der Halbwelt.

In den Tagen also, als der Dollar seinen unerhörten Triumphzug antrat und die Mark wie ein Nichts beiseite schob, in den Tagen, als die große deutsche Not einsetzte, da feierte man in Westerland — Devisenfeste!

Jetzt packte mich Ingrimm, roter Zorn, ich hätte diesen gewissenlosen Kreaturen ins Gesicht spucken mögen! „Kommt, Jungen, Mädels wir gehen heim! Lest nicht weiter diese Urkunden der Gemeinheit, diese Zeugnisse an den Straßen der Bäder! Glück ist hier Rausch, Uebermaß, Gemeinheit, Frevel! —**ihr** seht: das Schwerste in der Welt ist, sich wahrhaft freuen lernen!"

Ein Kaffeehaus pries für ein kleines Vermögen „Sylter Wellen" an, ein Gebräu von Rotwein, Schlagsahne und Ei. Da lobten wir unsere Puan Klenter Wellen, die uns der Sturm braute!

Und so trollten wir wieder heimwärts. Unterwegs las ich einige Kapitel aus der Geschichte Westerlands vor. Die dort in Saus und Braus leben, wissen sie, daß sie auf einem Friedhof tanzen? Wo jetzt die Tanzpaläste prunken, lag einst das Dorf Eidum. Das Meer hat es samt seinem Kirchlein verschlungen. Im letzten Winter hatte der Herrgott wieder eine kleine Sintflut geschickt. Sturmwogen hatten die Promenade, auf der sich pfauenhafte, freche Eitelkeit spreiz, aufgerissen und verschlammt. Aus Stampbeton wurden neue Wehren errichtet. Aber es wird nichts nützen, daß sich Gewissenlosigkeit, Erotik, Verpraßgier hinter Eisenbeton verschanzen. Gegen das Meer kann man wohl ein Lasterparadies schützen, gegen den Geist der neuen Zeit nicht! Mit dem Herunterreißen von Schwarzrotgold ist der Geist der neuen Zeit nicht erledigt. Die Litfaßsäulen von Westerland werden sich riesengroß aufrecken, auf daß jeder, der sein Vaterland lieb hat, sie lese! W e r e i n s t o l z e r u n d d u l d s a m e r S t a a t s b ü r g e r s e i n w i l l, m u ß z u s e h e n, d a ß a l l e s s a u b e r s e i!

V o r d e n S c h a n d s ä u l e n v o n W e s t e r l a n d w i r d d i e n e u e J u g e n d d i e F a u s t b a l l e n l e r n e n!

Eine mastenlose Groß-Funkstation. Wir sind gewohnt, mit den Groß-Funkstationen die Vorstellung mächtiger hoher Türme zu verbinden, wie sie zum Beispiel auf der riesenhaften Station Nauen bei Berlin emporragen. Es wird aber jetzt eine neue Großstation für drahtlose Telegraphie am W a l c h e n s e e errichtet, die keine Türme für die Aufnahme der Antennen besitzt. Von der neuen Lösung, die hier gefunden wurde, berichtet Flatzwitz in „Reklams Universum". Das Walchenseewerk, eins der bedeutendsten Wasserkraftwerke Deutschlands, versorgt nicht nur ganz Bayern bis nach Sachsen, Baden und Württemberg hinein mit elektrischem Strom, sondern wird auch die neue Großstation bedienen. Die Deutsche Telefunkengesellschaft benutzt hierbei, wie sie dies ähnlich schon auf Java getan hat, zwei B e r g s p i t z e n an Stelle der Türme. Es werden also dazu der nordwestlich vom See liegende, 1757 hohe „Herzogenstand" und der etwa 2½ km entfernte, 940 Meter hohe „Stein" in der Nähe des Kochelsees benutzt. Zwischen diesen beiden Gipfeln ist unter großen Schwierigkeiten die Antenne gespannt worden. War schon die Anlage an sich nicht einfach, so mußten doch außerdem noch besondere Vorsichtsmaßregeln gegen Wind und Wetter angebracht werden, wie sie das Hochgebirge erfordert. Schnee und Rauhreif können die Seile und Drähte, aus denen die Antennenanlage besteht, so stark belasten, daß Brüche und Zerreißungen eintreten, wenn nicht die auftretenden Spannungen ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck hat man das Seil in ganz neuartiger Weise über eine Rolle geführt und dann an einem Wagen befestigt, der auf einer schiefen Ebene, einer Schienenbahn, steht. Die Belastung des Wagens wird mit der Last der Antenne in Gleichgewicht gebracht; tritt plötzlich eine Mehrbelastung des Seiles ein, so zieht diese den Wagen in die Höhe; damit verlängert sich die zwischen den Bergspitzen befindliche Seillänge und die Spannungen werden aufgehoben.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Eine Mahnung des Reichskanzlers an das Handelskapital, — Wirtschaftsleben und Wirtschaftsmoral. — Die Notverordnung gegen die Preistreiberei. — Die neue Devisenordnung. — Die Viehschlachtungen und die Fleischernährung. — Die drohende Massenarbeitslosigkeit. — Die Abschnürung des Ruhrgebiets von dem übrigen Deutschland.

Der Reichskanzler Cuno hat in den letzten Wochen an verschiedenen Stellen Reden gehalten, in denen er auch zur Frage des Preiswuchers Stellung genommen hat. Er wies darauf hin, daß durch die Entwicklung, die unser Wirtschaftsleben unter dem Einfluß der Ruhrbesetzung genommen hat, weiteste Kreise unseres deutschen Volkes zur Verzweiflung getrieben werden, und er richtete eine ernste Mahnung an die Produzenten und Händler, diese Entwicklung nicht auf die Spitze zu treiben. Mit Recht betonte er, daß die zur Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringend erforderlichen Maßnahmen nicht von der Polizei und den Gerichten allein durchgeführt werden könnten, **daß vielmehr die Wirtschaftsmenschen selbst wesentlich mitarbeiten müßten.** Der Reichskanzler erklärte wörtlich: „In dieser wichtigen Lebensfrage unseres Vaterlandes muß der Sinn für das Allgemeininteresse dem Egoismus vorangestellt werden. Es gibt noch eine deutsche Kaufmannsehre. Sollte es da möglich sein, daß die Börse und die am Devisenhandel beteiligten Kreise auch heute noch zum Schaden des ganzen Volkes, wo alles auf dem Spiele steht, Spekulation treiben? Ich richte an Sie die dringende Bitte, unter Zurückstellung eigener Interessen in finanziellen Fragen Ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun."

So anerkennend auch die Mahnworte des Herrn Reichskanzlers sind, so werden sie doch wahrscheinlich wirkungslos bleiben. Der Egoismus, der hinter das Allgemeininteresse zurückgestellt werden soll, wird in der kapitalistischen Wirtschaft geradezu gezüchtet, sodaß er fast in jedem Herzensacker in die Halme geschossen ist. Wenn man glaubt, durch mahnende Reden könne man das Ausbeutertum zum Altruismus erziehen, so ist das gerade so, als wolle man einen Löwen dazu überreden, er solle sich das Grasfressen angewöhnen. Nicht das Wirtschaftsleben wird durch die Moral bestimmt, wie vielfach geglaubt wird, sondern umgekehrt, Wirtschaftsleben bestimmt die Moral der wirtschaftlichen Gruppen und auch die der meisten Wirtschaftsmenschen. Darum wird uns nichts anderes übrig bleiben, als daß **wir das Wirtschaftsleben ändern, um eine Aenderung der Wirtschaftsmoral herbeizuführen.** Will man die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gründlich beseitigen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als die Ausbeutungsmöglichkeit zu beseitigen. Und das kann nur dadurch geschehen, daß die kapitalistische Erwerbswirtschaft durch eine sozialistische Bedarfswirtschaft ersetzt wird. Bis das geschehen sein wird, müssen alle notwendigen Maßregeln getroffen werden, um dem Ausbeutertum und Schmarotzertum die Krallen zu beschneiden.

Die **Notverordnung gegen die Preistreiberei,** die kürzlich in Kraft getreten ist, soll diesem Zweck dienen. Sie enthält strenge Strafvorschriften gegen jedes Gesindel, das die tiefe und große Not unseres Volkes für sich in eine Goldgrube verwandelt. Darnach macht sich jeder strafbar, der Preiswucher, Provisionswucher und Kettenhandel treibt, der Waren zurückhält oder andere unlautere Machenschaften vornimmt, um die Preise zu steigern. Als Strafen sind hohe Geldstrafen, Gefängnis- und Zuchthausstrafen festgesetzt, sowie Einziehung des wucherischen Gewinns, Entziehung der Handelserlaubnis, Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet, öffentliche Bekanntmachung des Urteils, insbesondere durch Anschlag im Geschäftsraum des Täters, Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Aburteilung wegen Preistreiberei, die in erster Linie den Wuchergerichten überwiesen wird, soll schnellmöglichst vorgenommen und das Urteil soll sofort vollzogen werden. Hoffentlich hat dies scharfe Vorgehen, das längst hätte geschehen sollen, besseren Erfolg als die bisherigen Maßregeln. Wer unsere moderne Justiz kennt, der wird allerdings die Befürchtung nicht los werden, daß auch fernerhin der Grundsatz: „Die kleinen Gauner hängt man, die großen läßt man laufen!" Geltung behalten wird.

In derselben Richtung bewegt sich auch die neue **Devisenverordnung,** die der Reichspräsident neuerdings erlassen hat. Darnach dürfen gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, nur solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung erworben oder veräußert werden, die in Berlin amtlich notiert werden. Erwerb oder Veräußerung ist nur zum amtlichen Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses zulässig. Geschäfte, die gegen diese Vorschriften verstoßen, sind nichtig, Personen und Firmen, die solche verbotenen Geschäfte machen, werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafen bis zum zehnfachen Wert der ausländischen Zahlungsmittel belegt. Der Zweck dieser Verordnung ist der, daß der Devisenverkehr mehr als bisher **unter die Kontrolle der Reichsbank** gestellt werden soll, die dadurch zweifellos in den Besitz einer weit größeren Menge von Devisen gelangen wird. Soll die neue Maßregel praktischen Wert haben, so muß das Reichsbankdirektorium mit neuen und mit von neuem Geiste erfüllten Männern besetzt werden, die den ernstlichen Willen haben, dem Devisenhandel energisch zu Leibe zu rücken. Eine Zentralisierung des Devisenverkehrs ist eine dringende Notwendigkeit, wenn an eine Stabilisierung unserer Währung überhaupt auch nur gedacht werden soll.

Die **Schlachtung von Vieh** und dadurch der **Verbrauch von Fleisch** ist in Deutschland gegenüber dem Vorjahre abermals wieder zurückgegangen. Unter Zugrundelegung des vom Reichsgesundheitsamt festgestellten durchschnittlichen Schlachtgewichts ergeben die Schlachtungen des ersten Vierteljahres 1923 eine Fleischmenge von rund 3 Millionen Doppelzentner, während die Schlachtmenge in dem ersten Vierteljahr 1913 annähernd 6 Millionen Doppelzentner betrug, also eine Verminderung um fast die Hälfte. Da wir in Deutschland heute rund 65 Millionen Einwohner haben, kommt auf den Kopf der Bevölkerung 50 Gramm Fleisch täglich. Wenn man berücksichtigt, daß die wohlhabenden Bevölkerungsschichten unverhältnismäßig viel Fleisch verzehren — von der Schlemmerei der Schieber und Wucherer ganz abgesehen — so ergibt sich daraus die unwiderlegliche Tatsache, daß die minderbemittelten Schichten in bezug auf Fleisch unterernährt werden. Wie es mit der Versorgung der Volksmassen mit Fettstoffen bestellt ist, braucht bei den heutigen Preisen für Butter, Milch, Schmalz und Margarine nicht erst gesagt zu werden. Auf diese große Gefahr der Unterernährung für die Arbeitskraft, die Gesundheit und das Wohlbefinden des Proletariats kann gar nicht häufig und dringend genug hingewiesen werden.

Die **drohende Massenarbeitslosigkeit,** die wie ein Geipenst am Wirtschaftshimmel erscheint, ist geeignet, unsere wirtschaftliche Lage noch mehr zu verschlechtern, als sie ohnehin bereits ist. Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht die statistischen Aufnahmen für den Monat Mai, aus denen sich eine reißend schnelle Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeit ergibt. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes setzte bereits im Juli 1922 ein, die Ziffer der Beschäftigten sank von da an langsam aber ständig. Seit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und Belgier, die dem deutschen Wirtschaftsleben ungeheuren Schaden zugefügt hat, ist diese Verschlechterung geradezu in eine Katastrophe ausgeartet, die uns schließlich in den Abgrund führen muß. Auch die unheimliche Entwertung der Mark, die an und für sich die Warenausfuhr begünstigt, hat den Rückgang des Beschäftigungsgrades nicht aufzuhalten vermocht. Aus der erwähnten Statistik geht hervor, daß die Zahl der gut beschäftigten Industriebetriebe von 35 Proz. im Dezember v. J. auf 14½ Proz. im Mai d. J., und daß die entsprechende Zahl der befriedigend beschäftigten Betriebe von 45 Proz. auf 30 Proz. gesunken ist. Dagegen ist die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe von 20 Proz. auf 55½ Proz. gestiegen. Was diese geradezu aufreizende Statistik für unser künftiges Wirtschaftsleben bedeutet, leuchtet ohne weiteres ein. Die Arbeitslosigkeit, die wie das Schwert des Damokles über dem Haupte eines jeden Proletariers schwebt, und die Gefahr der persönlichen Verelendung in sich birgt, bedeutet auch eine ungeheure Gefahr für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Zunächst bringt die Massenarbeitslosigkeit eine große Verminderung der Massenkaufkraft mit sich und damit eine große Schädigung des wirtschaftlichen Lebens. Außerdem übt eine dauernde Massenarbeitslosigkeit eine verheerende Wirkung aus auf die Arbeitskraft, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Volksmassen. Sie führt bei der geringen Unterstützung der Erwerbslosen zu einer verhängnisvollen Unterernährung der Massen und damit zu einem völligen Zusammenbruch unserer arbeitenden Bevölkerung. Ob dagegen unter der Herrschaft des Kapitalismus irgend etwas Wirksames zu tun ist, erscheint sehr zweifelhaft, zumal da auch im Auslande eine ungemein große Arbeitslosigkeit besteht. Das sind allerdings traurige Aussichten, die uns aber nicht in das Lager der Verzweiflung treiben, die uns vielmehr anspornen soll, alle Kräfte einzusetzen, um unser Land und Volk vor dem Untergang zu retten. Das einzige Mittel hierzu ist der demokratische Sozialismus.

Die **Abschnürung des Ruhrgebiets** von dem übrigen Deutschland wird seit kurzem immer schärfer durchgeführt, so daß von einer völligen Erdrosselung gesprochen werden kann. Infolge der steigenden Erbitterung der Ruhrbevölkerung und der feindlichen Besatzung haben sich in letzter Zeit zahlreiche Sabotageakte ereignet, durch die nicht nur Menschen getötet und verletzt, sondern auch kaum abzuschätzende Materialschäden verursacht worden sind. Als Gegenmaßregel haben unsere Feinde die Bevölkerung des Ruhrgebiets drangsaliert und ausgeräubert, sie haben auch nach Möglichkeit jede Verbindung mit der Umwelt abgeschnürt. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen ins Ruhrgebiet ist völlig unterbunden und als Folge davon zeigt sich eine unheimlich schnelle Preissteigerung, weil die Produzenten und Händler die günstige Konjunktur nach Herzenslust ausnutzen. Es herrscht schon heute eine Hungersnot, und wenn nicht bald Abhilfe erscheint, werden grauenhafte Zustände eintreten, die natürlich die proletarischen Schichten am schlimmsten treffen müssen. Die zweite Folge ist die Unterbindung der Ausfuhr von Kohlen, Erzen und Fertigfabrikaten aus dem Ruhrgebiet, was eine völlige Lahmlegung des Wirtschaftslebens des Ruhrgebiets und eine große Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftsgebiets nach sich ziehen muß. Schon allein die wirtschaftlichen Schäden, die die Besetzung des Ruhrgebietes mit sich gebracht hat — von den seelischen und moralischen Drangsalierungen der Ruhrbevölkerung zu schweigen — macht es nötig, daß Schritte unternommen werden, um das Ruhrabenteuer zu einem schnellen Ende zu führen. Da von seiner gewaltsamen Vertreibung der Franzosen und Belgier nach Lage der Sache keine Rede sein kann, wird uns nichts übrig bleiben, als nach einer Verständigung zu suchen — ein Standpunkt, den die Sozialdemokratie seit Monaten vertreten hat, wofür sie aber von den Prozentpatrioten fortwährend mit Dreck beworfen wurde.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

			5. Juli.	4. Juli.
Amsterdam	1	fl.	65835,—	62643,—
Brüssel (Antwerpen)	1	Fr.	8229,—	8054,50
Kristiania	1	Kr.	26683,—	25935,—
Kopenhagen	1	Kr.	28428,50	27730,50
Stockholm	1	Kr.	43890,—	42294,—
Helsingfors	1	finn. Mk.	4613,—	4389,—
Rom	1	Lire	7182,—	6982,50
London	1	£	748125,—	728175,—
Neuyork	1	Dollar	165585,—	160198,—
Paris	1	Frs.	9825,—	9501,—
Zürich	1	Frs.	29127,—	28029,50
Madrid	1	Pesetas	23840,—	22643,—
Wien	100	Kr.	237,40	232,41
Prag	1	Kr.	5087,—	4912,50
Budapest	100	Kr.	19,70	18,70

Vermischte Nachrichten.

Ein Groß-Wucherer vor Gericht. Ein Kaufmann in Aschersleben, der 100 Zentner Zucker und große Mengen Monopolbranntwein zurückgehalten hatte, um sie später mit großem Gewinn zu verkaufen, wurde vom Gericht in Halle zu 50 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die noch vorgefundenen Waren im Werte von 200 Millionen Mark wurden beschlagnahmt. — Wiederum ist hier ein Wucherer nicht zu einer Freiheitsstrafe, sondern zu einer im Verhältnis zur Größe des Objektes geringfügigen Papiergeldstrafe verurteilt. Daß eine solch leichte Strafe nicht abschreckend wirkt, ist klar.

Zwei schwere Eisenbahnunglücke haben sich in Rumänien ereignet. Bei Burzen stieß der Bukarester Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Es wurden 30 Tote und mehr als 70 Schwerverletzte festgestellt. — Kurz vor der Ausfahrt des Bäderzuges aus Großwardin stieß ein Güterzug gegen denselben. Mehrere Waggons des Güterzuges wurden gegen den Personenzug geschleudert. Ein Mann und fünf Frauen wurden getötet und bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt. Mehr als 20 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Unreinigkeiten im Blut 3178

sollte jeder schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1—2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

40. Fortsetzung.

„Un' da wird sein ein Garten voller Blumen, Rosen und Rosenbüschen dort unten, ganz im Süden, und es wird so warm und so ruhig sein, und die Sonne wird den ganzen Tag scheinen, und der Himmel wird so blau sein . . . ."

Andrews fühlte, daß seine Lippen die Worte wiederholten, wie Lippen, die ein Gebet nachsprechen:

„Un' es wird so warm und ruhig sein, ganz still und ohne irgendeinen Lärm. Un' der Garten wird voller Rosen sein. Un' . . . ."

Doch die anderen Stimmen fielen ein und ertränkten diese sanfte Stimme im Stöhnen und in abgerissenen, winselnden Flüchen.

„Un' er sagte, ich würde in dem Gartenhaus sitzen, und die Sonne werde so ruhig und so warm sein, un' der Garten so schön duften, un' der Strand werde ganz weiß sein, un' die See . . . ."

Andrews fühlte seinen Kopf plötzlich in die Luft steigen und dann auch die Füße. Er schwang sich hinaus aus der Dunkelheit in einen hellen, glänzenden Korridor. Seine Beine pochten vor stechendem Schmerz. Das Gesicht eines Mannes mit einer Zigarette im Munde erschien neben dem seinen. Eine Hand fummelte an seinem Halse herum, wo die Erkennungsmarke war, und er las: „Andrews, I 432 286". Doch er horchte auf die Stimme draußen im Dunkeln hinter ihm, die in krächzenden, delirierenden Tönen schrie:

„Ist ein Mädchen im Herzen von Maryland,
Es ist das Mädchen mein . . . ."

Dann entdeckte er, daß er selbst laut stöhnte. Sein Bewußtsein erfüllte sich ganz mit dem seltsamen Rhythmus seines Stöhnens. Die einzigen Teile seines Körpers, die überhaupt noch existierten, waren seine Beine, und irgendetwas in seiner Kehle, das stöhnte und stöhnte. Weiße Gestalten hockten um ihn. Er sah die behaarten Unterarme eines Mannes in Hemdsärmeln. Lichter flammten auf und erloschen. Seltsame Gerüche drangen in seine Nase und zirkulierten durch seinen ganzen Körper, doch nichts konnte seine Aufmerksamkeit von dem Singsang seines Stöhnens ablenken. Regen fiel ihm ins Gesicht. Er bewegte seinen Kopf von einer Seite auf die andere. Sein Mund war trocken wie Leder. Er streckte die Zunge aus und versuchte den Regen mit ihr aufzufangen. Unsanft wurde er auf der Bahre hin und her geschleudert. Er erhob den Kopf vorsichtig und fühlte eine ungeheure Freude, daß er den Kopf noch heben konnte.

„Haltt' den Kopf unten", bellte eine Stimme neben ihm. Er hatte den Rücken eines Mannes in einem glitzernden, nassen Regenmantel an dem einen Ende der Bahre gesehen. „Gebt doch auf mein Bein acht", stöhnte er winselnd immer und immer wieder, wie er selbst bemerkte. Plötzlich fühlte er einen Ruck, und er fand sich selbst, auf eine hölzerne Decke schauend, von der die weiße Lackfarbe sich abgeschabt hatte. Er roch Karbol und konnte das Stoßen einer Lokomotive fühlen. Er begann zurückzudenken. Wie lange war es her, daß er sich die kleinen Frösche angeschaut hatte? Ein lebendiges Bild der Pfütze mit ihrem teigfarbenen Wasser und den kleinen, dreieckigen Köpfen der Frösche kam ihm ins Bewußtsein. Es erschien ihm so lange her, wie die Erinnerungen der Kindheit. Sein ganzes Leben vorher war nicht so lang, wie die Zeit, die vergangen war, seit der Wagen sich in Bewegung gesetzt hatte und sein Körper in der Bahre hin und her schwankte. Der Schmerz in seinem Bein wurde schlimmer und schlimmer. Es schien, als ob sein übriger Körper einschrumpfe. Unter ihm schrie eine krächzende Stimme bei jedem Stoß des Ambulanzwagens. Er kämpfte gegen den Wunsch, zu stöhnen, doch zuletzt gab er nach und lag da, verloren in dem monotonen Singsang seines Stöhnens.

Der Regen war für einen Augenblick wieder in seinem Gesicht. Dann wurde sein Körper aufgehoben. Eine Reihe Häuser und rötlich-brauner Bäume und Schornsteine, die gegen einen bleiernen Himmel standen, schwangen sich plötzlich in sein Blickfeld, wurden jedoch gleich darauf von einer Decke und einem Treppenaufgang ersetzt. Andrews stöhnte immer noch schwach. Er starrte in das Gesicht des Mannes, der das untere Ende der Bahre trug. Es war ein weißes Gesicht mit Blattern um den Mund und gutmütig dummen, wässerigblauen Augen. Andrews sah in die Augen des Mannes und versuchte zu lächeln, doch der Mann, der die Bahre trug, sah ihn nicht an.

Dann nach vielen, endlosen Stunden, ergriffen ihn plötzlich rauhe Hände, zogen seine Kleider aus und legten ihn auf ein Bett, wo er ächzend lag und den kühlen Desinfektionsgeruch, der in den Laken war, einatmete. Er hörte Stimmen über seinem Kopfe: „Nich' sehr schlimm, diese Beinwunde."

„Sie sagten doch, wir würden amputieren müssen."

„Na, was ist denn mit ihm los?"

„Vielleicht ein Granatsplitter . . . ."

Kalter Angstschweiß übergoß Andrews. Er lag absolut still mit geschlossenen Augen. Ein Krampf des Aufbäumens nach dem anderen ging durch ihn, durch und durch. Nein, noch hatten sie ihn nicht gebrochen, noch hielt er seine Nerven zusammen, sagte er immer und immer wieder zu sich selbst. Doch er fühlte, wie seine Hände, die er über seinem Leib gefaltet hielt, zitterten. Der Schmerz in den Beinen verschwand in dem Schrecken. Er versuchte verzweifelt sein Bewußtsein auf irgendetwas außerhalb zu konzentrieren. Er versuchte, an eine Melodie zu denken, die er singen konnte, aber er hörte nur die Stimme, die ihm, wie es schien, schon Monate und Jahre lang in die Ohren schrillte:

„Ist ein Mädchen im Herzen von Maryland,
Es ist das Mädchen mein . . . ."

Die schrillende Stimme und der Schmerz in seinem Bein vermischten sich seltsam, bis sie eins geworden schienen und der Schmerz nur ein Pochen in dem wütenden Singen geworden schien. Er öffnete die Augen. Dunkelheit, die sich zu einem schwachen, gelblichen Schein abschwächte. Hastig überschaute er sich selbst, bewegte den Kopf und die Arme. Er fühlte sich sehr kühl und sehr schwach und ruhig. Er mußte eine lange Zeit geschlafen haben. Er strich mit seiner rauhen, schmutzigen Hand über sein Gesicht. Die Haut fühlte sich weich und kühl an. Er drückte seine Wange auf das Kissen und fühlte, wie er zufrieden lächelte und wußte nicht, warum.

Die Königin von Saba trug einen Sonnenschirm mit kleinen, scharlachroten Glocken am Rand, die ein sanftes Klingen ertönen ließen, wie sie auf ihn zuging. Sie trug ihr Haar hoch aufgesteckt und stark gepudert mit blauem Irispuder, und auf ihrer langen Schleppe, die ein Affe trug, waren in lustigen Farben die Zeichen des Tierkreises eingestickt. Sie kam näher: Es war doch nicht die Königin von Saba; es war eine Pflegerin, deren Gesicht er in der Dunkelheit nicht sehen konnte und die ihren Arm berufsmäßig unter seinen Kopf legte und ihm aus einem Glas zu trinken gab, ohne ihn anzusehen. Er sagte „Danke schön", mit seiner natürlichen Stimme, die ihn in der Stille überraschte. Doch sie ging weiter, ohne zu antworten, und er sah, daß sie ein Tablett voller Gläser hatte, die wie kleine Glocken geklungen hatten, als sie auf ihn zugekommen war. Trotz der Dunkelheit bemerkte er die selbstbewußten Bewegungen der Pflegerin, wie sie schweigend von einem Bett zum andern ging und das Tablett mit den Gläsern vor sich hielt. Er drehte den Kopf auf den Kissen herum, um sie zu beobachten, wie sie ihren Arm unter den Kopf des Mannes neben ihm legte, um dem zu trinken zu geben.

„Eine Jungfrau", sagte er zu sich selbst. „Wirklich eine Jungfrau". Und er lächelte leise, trotz des stechenden Schmerzes in seinem Bein. Er fühlte plötzlich, sein Bewußtsein wache aus einer Betäubung auf. Die Schwermut, die ihn Monate hindurch niedergedrückt hatte, war plötzlich gewichen. Er war frei. Der Gedanke stieg fröhlich in ihm auf, daß, so lange er in diesem Bett im Hospital liegen werde, niemand Befehle gegen ihn schreien werde, niemand ihm sagen werde, das Gewehr zu reinigen, keiner da sein werde, den man grüßen müsse, kein Sergeant, dem es zu schmeicheln gelte. Hier würde er den ganzen Tag liegen können, seine eigenen Gedanken denken, sein eigenes Leben leben.

Vielleicht war er schwer genug verwundet, um aus dem Heer entlassen zu werden. Der Gedanke daran ließ sein Herz wie wild schlagen. Das bedeutete ja, daß er, der sich selbst aufgegeben hatte, der sich hatte niedertreten lassen, ohne Widerstand, in den Schlamm der Sklaverei, der keinen Ausweg aus dieser Tretmühle erblickt hatte, aus dem Tod, leben werde. Er, John Andrews, würde leben.

(Fortsetzung folgt.)

Unseren Genossen müssen wir die traurige Nachricht geben, daß unser Angestellte und Genosse

Gustav Rieder

am Donnerstag früh verschieden ist. Er starb an den Folgen des unseligen Krieges. Er war uns ein pflichttreuer, eifriger und gewissenhafter Mitarbeiter, dessen Heimgang wir tief beklagen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
(Verlag des „Lübecker Volksbote".)

An einem schweren Leiden, das er sich im fluchwürdigen Weltkriege zuzog, verstarb am Donnerstag unser lieber Mitarbeiter, der Kontor-Angestellte (3784

Gustav Rieder

im Alter von 24 Jahren.

Während seiner zweijährigen Tätigkeit im Betriebe hat sich der Verstorbene durch sein kollegiales, zuvorkommendes und jederzeit gefälliges Wesen die Wertschätzung aller seiner Mitarbeiter erworben. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.

Das kaufmännische u. gewerbl. Personal der Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote).

Ich kaufe einzige (3805

Marmor- u. Billardplatten
J. E. Rother,
Marmorwarenfabrik, Fackenburger Allee 32.
Telephon 8410.
Schreibtischgeschirre
in großer Auswahl zum Verkauf vorhanden.

Billige
Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.

Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Joppen, Schlüpfer usw., eleg. Damenschuhe schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Halbschuhe, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Voiles, Frotés, Flanelle, Anzugstoffe, Buckskin, Inlets, Cheviots, Leinen, Perlen, Kusseuer, Loden, und Manchester, 3805. Hemdennesch usw.

Noch wirklich preiswerte Angebote!

Ehlers & Rostanitsch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Prima helle Schlemberger per Ztr. Mk. 13 000.—
Prima dickfaules Dickenfleisch p. Ztr. Mk. 15 000.—
Scheibenbeefsteak und Rollbraten Mk. 22 000.—
Zarte Leber Mk. 16 000.—, Schwarzsauer 1600.—

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Elterngemeinschaft
Vorschuß- u. Kreditverein zu Lübeck
e. G. m. b. H.
liefert (3778
Möbel
Auskunft im Bureau
Hundestr. 49-51,
Hinterhaus I.

Wand- u. Fußbodenplatten
Adolf Borgfeldt

---

künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 König-straße 92
Kostenlose Auskunft.

CIRCUS Corty-Althoff.

Lübeck - Burgfeld.

Konkurrenzlose Pferde-Dressuren.

Unerreichte artist. Schaunummern.

Brillante Kunstreiterinnen und -Reiter.

24 Nummern
ohne Pause.

Morgen
Sonnabend, 7. Juli, 7½ Uhr abends
Eröffnung.

Vorverkauf: Warenhaus Rud. Karstadt, Reisebureau, 1. Stock und an den Circuskassen von 11 bis 1 Uhr sowie 5 Uhr abends. Für Lieferung v. Hafer je nach Quantum gebe ich Eintrittskarten ab.

Eimsbüttler.
Sonnabend u. 4—6 Uhr.
(3791) Brauerei Stamer

Streichfertige Oelfarben Schablonen, Pinsel, Fußbodenöl Bohnerwachs
Paul Stammer,
Diana-Drogerie,
Glandorpstr. 1.
3765) Fernspr. 8644.

Die Marken Jakob
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 48.

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13. Tel. 8749.

Vom 6.—12. Juli 1923:

Eine Reise nach Konstantinopel würde heute Millionen verschlingen. — Der neue große (3804

Ellen-Richter-

Film der Ufa „Die Frau mit den Millionen" ist gleichbedeutend damit und führt den Beschauer für wenig Geld nach

Verona, Venedig, Triest, Portorose, Pirano, Korfu, Korinth, Athen, Dardanellen nach Konstantinopel, durch den Bosporus zum Schwarzen Meer und zurück über Varna, Sofia, Belgrad, Gardasee, Budapest nach Berlin.

Heute Freitag Uraufführung
des Steiligen Abenteuerfilms

Die Frau mit den Millionen

von Willi Wolff und Paul Merzbach.

Vom 6. bis 12. Juli
1. Teil:
Der Schuß in der Pariser Oper

Vom 13. bis 19. Juli
2. Teil:
Der Prinz ohne Land.

Vom 20. bis 26. Juli
3. Teil:
Konstantinopel—Paris.

Die Sonne von St. Moritz

Nach dem bekannten Ullstein-Roman von Paul Oskar Höcker in 6 Akten mit **Willi Kaiser Heyl, Johannes Riemann, Grete Diercks, Hedda Vernon.**

Seff kostet 27,50 Dollar

Schwank 1 Akt.

Auf unsere vorzügliche Hauskapelle wird besond. hingewiesen

Stenographen-Tagung

der Bünde „Nordmark" u. „Lübeck-Mecklenburg", System Stolze-Schrey in Lübeck am 7., 8. und 9. Juli 1923.

Sonnabend, 7. Juli, nachmittags: Geschäftliche Sitzungen, 8 Uhr abends: Begrüßungsabend mit Kommers in der „Flora".

Sonntag, 8. Juli, vorm.: Geschäftliche Sitzungen. 10 Uhr: **Wettschreiben** in der Gewerbeschule und im Lehrerseminar. 12½ Uhr: **Oeffentliche Festsitzung** in der Aula der Gewerbeschule: Festvortrag des Herrn **D. h. c. Ernst Frey**-Karlsruhe: „Die deutsche Kurzschrift, ein deutsches Volksgut". 8 Uhr: Festball mit Preisverteilung in der „Flora". **Montag, 9. Juli:** Ausflüge, Schlußsitzung.

Ehrenvorsitz: Se. Magnifizenz Herr Bürgermeister **D. Dr. Neumann.**

Ehrenausschuß: Generaldirektor **v. Alvensleben.** Prof. **O. Anthes. Hermann Bern. Hans Adolf Boy,** Buchdruckereibesitzer **W. Dahms, Ernst Deecke,** Vorsitzer der Bürgerschaft **Gustav Ehlers,** Polizeimajor **Eschenbach,** Kaufm. **Herm. Eschenburg,** Bankier **Dr. Dr. Fischer,** Staatsrat **Dr. Geise,** Rechtsanwalt **Dr. Göritz,** Konsul **Heisemeier,** Rat **Hennings.** Schulrat **Heyck,** Bankdirektor **Janus.** Direktor **Inde** Rechnungsdirektor **Klein.** Oberstaatsanwalt **Dr. Liedau,** Chefredakteur **Mantau,** Direktor **Schwabroch,** Landgerichtspräsident **Dr. Gemler,** Obermedizinalrat **Dr. med. Risdel,** Direktor **Spannekke,** Direktor der gemeinn. Gesellschaft Oberstudiendirektor **Dr. Stoffe,** Oberregierungsrat **Dr. Sterck. Dr. Stacken,** Direktor **Heinr. Tiedt,** Vorst. der Gewerbekammer **Karl Taade sen.,** Senator **Dr. Vermehren.** Rechtsanwalt **Dr. Wittern,** Landesschulrat Prof. **Dr. Wychgram.**

Die für den 8. Juli, vorm. 10 Uhr, stattfindenden Wettschreiben gestifteten **Ehrenpreise** sind ausgestellt bei **Papierhaus Hansa, Frederik Hallberg,** Breite Straße 45.

Büromaschinenausstellung veranstaltet von der Firma **Erdmann & Neumann** im Konzerthaus Flora.

Wir laden hiermit alle Schriftfreunde und alle Freunde und Förderer der Kurzschrift zu dieser Tagung ergebenst ein. (3806

Die Arbeitsgemeinschaft der Lübecker Stenographen-Vereine.

Biophon

Spielplan vom 6. bis 12. Juli.

Großer Auslandsfilm

1. **Das Geheimnis der goldenen Kapsel.**
Detektiv-Drama — **Joe Jenkin.**
Atemraubende Handlungen.
Großer Reinhold-Schünzel-Schlager.

2. **Das Tagebuch einer Verlorenen.**
Sittenfilm einer Großstadt mit
Reinhold Schünzel Erna Morena.

3. **Der Dokumenten-Diebstahl.**
Sensationelle Spionage. (3803
Spannendes Abenteuerdrama.

Moislinger Baum.
Morgen Sonnabend, den 7. Juli, Anfang 4 Uhr:
Großer Sommernachtsball
unter Mitwirkung der **St. Lorenz-Liedertafel,** sowie des beliebten Humoristen **Henry Vahl** und des bekannten Hamburger Tanzhumoristen **Max Giesenberg.**
Für Spätwagen ist gesorgt.
3771) **Rud. Jäde.**

KOLOSSEUM

Heute Sonnabend:

Gr. Ball.

Keine geschlossene Gesellschaft!

Kassenöffnung 6.30 Uhr.

3807) **Joh. & R. Mittag.**

Achtung!
Maurer- und Zimmererlehrlinge
3793
Umständehalber findet die Monatsversammlung erst am Dienstag, dem 17. Juli statt.
Die Jugendleiter.

Sonntag, den 8. Juli
9 Uhr vormittags
Versammlung
sämtlicher (3786
Händler Lübecks
im Restaurant
O. Martienßen,
Lindenstraße 13.
Der Einberufer.

Achtung!
V. S. P. D.
Ortsverein (3790
Bahnhof Gleschendorf.
Sonntag, den 29. Juli:
Fahnenweihe.

Kronsforde.
Sonntag, den 8. Juli:
Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. Eintritt frei.
3785) **H. Seidelmeyer.**

Zentral-Hallen.
Sonnabend u. Sonntag
Gr. Tanzkränzchen. 3799

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 707
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 3777

Hansa-Theater.
Heute Freitag 8 Uhr:
Zum letzten Male
Bummelstudenten.
Urkomische Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern
Herm. Pfannenschmidt — **Emil von Dollen.**
Sonnabend, 8 Uhr.
„Im weißen Rössl".
Rechtsanwalt Siedler **Emil von Dollen.**
Giesecke — (3783
Reinhold Wolf.
Leopold — **Willi Raven.**
Sülzheimer — **Dir. O. Erasmi** usw.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
„Im weißen Rößl".

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Freitag, 6. Juli 1923. Nummer 155.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 6. Juli.

Juli-Epistel.

S. A. K. Des Juni neckisches Sommerspiel — meinte es wirklich mehr als kühl! — Wären die Kohlen nicht gar so teuer, — machte man gern im Ofen ein Feuer! — So aber hungerte man sich warm — und sagte nur „daß Gott erbarm!“ — Immerhin ist für das deutsche Land — die Zeit wirklich nicht uninteressant! — Glaubte man noch vor wenigen Wochen, — daß es nicht schlimmer werden könnte, — ist jetzt eine Not ins Land gebrochen, — wie man sie dem ärgsten Feind nicht gönnte! — Tausend Mark sind heute ein Nichts, — entbehren als Kaufkraft jeden Gewichts! — Alles ist unerschwinglich geworden, — und der Hunger geht aus aufs Morden! — Langsam mäht er die Menschen hin! — Trostlosigkeit umdüstert den Sinn! — Wer noch Arbeit hat, kann sich freuen, — braucht den kommenden Tag nicht zu scheuen! — Und doch reicht es auch ihm kaum für's Brot; — überall lauert grinsend die Not! — Andere aber reisen auf Land, — lassen sich bräunen im Sonnenbrand, — sitzen bei vollbesetztem Tische — in behaglicher Sommerfrische, — wissen gar nicht wohin mit dem Geld, — das der Wucher ihnen gewährt, — fahren mit Automobil und mit Pferd — durch die lachende, schimmernde Welt! — Hier die Arbeit, die hungert und leidet, — dort der Reichtum, der sinnlos prasst — und sich in Samt und Seide kleidet — und seinem Bäuchlein gibt rundende Mast! — Wo soll das hin? Was soll nur werden? — Wird es immer schlimmer auf Erden? — Not der Empörung Funke glimmt, — wenn man den Ärmsten das Letzte nimmt! — In der Wogen Brausen und Branden — muß unser Staatsschiff kentern und stranden! — Wenn es nicht bald nun anders wird, — wilder Tumult durch die Lande schwirrt, — und die Leidenschaft, die noch ruht, — wächst sich aus zur tobenden Wut! — Lindert die Not, die ringsum schreit: — es ist die letzte, die höchste Zeit.

Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Der Streik der Glasergesellen ist durch Entgegenkommen beider Parteien beendet.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein. Beitragskassierer, die für Monat Juni noch nicht abgerechnet haben, müssen dieses sofort nachholen. Die Ortsgruppenkassierer werden ersucht, die Abrechnungen für das 2. Quartal sofort einzusenden.

Eine Stenographentagung der Bünde Nordmark und Lübeck-Mecklenburg (Stolze-Schrey) findet am 7.—9. Juli in Lübeck statt. Die Kurzschrift breitet sich immer mehr aus. Während sie früher nur an den höheren Schulen gelehrt wurde, ist sie jetzt auch in den Lehrplan der Volksschulen aufgenommen. In Lübeck ist das zu Ostern 1921 geschehen. Einen noch größeren Raum im Lehrplan wird die Stenographie einnehmen müssen, wenn die einheitliche deutsche Kurzschrift geschaffen ist. Herr D. Ernst Frey-Karlsruhe ist vom Reichsministerium des Innern beauftragt, einen Entwurf hierfür aufzustellen. Herr Frey wird am Sonntag mittag 12½ Uhr in der Aula der Ernestinenschule die Festrede halten.

Saatenstand im lübeckischen Staate Anfang Juli 1923. Nach den Meldungen der Saatenstandsberichterstatter hat das Statistische Landesamt für Anfang Juli 1923 folgende Saatenstandsnoten berechnet (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): für Winterweizen 2.5 (1922: 3.1), Sommerweizen 2.8 (4.0), Winterroggen (2.6 (3.1), Sommerroggen 2.9 (3.8), Wintergerste 2.2, Sommergerste 3.2 (3.4), Hafer 2.8 (3.8), Kartoffeln 3.5 (2.9), Runkelrüben 3.4 (3.2), Klee 2.6 (4.0), Bewässerungswiesen 2.7 (2.7) und für andere Wiesen 2.8 (3.6). Sämtliche Saaten werden hiernach bedeutend günstiger beurteilt als im Vorjahre. Das den ganzen Juni hindurch anhaltende regnerische, kalte und trübe Wetter hat die Entwicklung aller Pflanzen zurückgehalten, sodaß mit einer erheblich späteren Ernte zu rechnen ist. Der Roggen steht noch in Blüte und beim Weizen ist die Aehrenbildung noch nicht eingetreten. Bei der Sommerung, die ebenfalls unter der zu kalten Witerung zu leiden gehabt hat, wird aus verschiedenen Bezirken das Ueberhandnehmen von Unkraut, namentlich Hederich, gemeldet. Die spät bestellten Kartoffeln sind kaum aufgelaufen und die Knollen der Frühkartoffeln haben sich erst klein entwickelt. Mit der Heuernte ist jetzt überall begonnen; sie verspricht gute Erträge.

Wachsende Auswanderungslust in Deutschland. Wie das Reichswanderungsamt mitteilt, ist infolge der schlechten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland die Zahl der Auswanderungslustigen ganz enorm gestiegen. An der Spitze stehen Arbeiter mit 60 bis 65 Prozent, es folgen Handwerker mit 15 Prozent, Angehörige des Handels mit 15 Prozent und Angehörige der freien Berufe mit 5 bis 10 Prozent. Als Auswanderungsziel wählten die meisten die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die verschiedenen Länder Südamerikas; doch auch Afrika und Asien nehmen viele als das Ziel ihrer Auswanderung.

Vom Stadttheater.

Eine Bürgerschaftsversammlung hatte seinerzeit beschlossen, den Stadttheaterbetrieb nur dann in vollem Umfang weiterzuführen, wenn vom Reiche ein entsprechender Zuschuß geleistet würde. Wie wir erfahren, hat sich der Reichsfinanzminister grundsätzlich bereit erklärt, das Lübecker Stadttheater als Regiebetrieb anzuerkennen und ihm einen Vorschuß auf die Reichszuschüsse zur Verfügung zu stellen. Auf die durch die Presse gegangene Mitteilung, daß Direktor von Bongardt nach St. Gallen übersiedelt, hat sich bereits eine ganze Anzahl namhafter Theaterleiter um den Lübecker Direktorposten beworben. Die Theaterbehörde hat aber, um eine noch größere Auswahl unter den Bewerbern zu haben, trotzdem beschlossen, die Ausschreibung vorzunehmen und die Bewerbungsfrist auf den 15. Juli festgesetzt. Die Vorbereitungen für die voraussichtlich am 12. August beginnende Spielzeit trifft noch der bisherige Direktor von Bongardt.

Aufreizende Preise.

Die Hamburger Notierungskommissionen setzten den Preis für Butter auf 41 000 Mark und den Milchpreis auf 4700 Mark fest.

In Lübeck kostet die Milch von morgen ab 4000 Mark.

Diesen Preissteigerungen stehen die Verbraucher machtlos gegenüber. Wie lange noch?

Die Milchbauern haben aber an diesen Preisen noch nicht genug und sie schielen mit beiden Augen, ob nicht ein gleichgesinnter Patriot und Blutsauger kommt und für die Milch mehr bietet als den zehnten Teil der Hamburger Butternotierung. Das haben wir schon dutzendmal gesagt und finden es jetzt wieder durch eine Notiz der schleswig-holsteinischen Provinzial-Preisprüfungsstelle bestätigt. Sie teilt mit, daß Milchkonserven- und Margarinefabriken von den Milchproduzenten die genügenden Mengen dadurch heranzuholen versuchen, daß sie den letzteren höhere Preise bieten als die Milchgroßhändler, welche die Städte versorgen müssen. Eine Milchkonservenfabrik in der Provinz bietet den neunten Teil des Butterpreises und dazu noch andere Vorteile. Eine Dauermilchfabrik bietet auf den zehnten Teil 17 bis 20 Proz. Vergünstigungen. Eine Margarinefabrik zahlt sogar den achten Teil des Butterpreises. Diese Fabriken sind wohl in der Lage, diese hohen Preise an die Landleute zu gewähren, weil sie ihre Fabrikate auch entsprechend teuer verkaufen. Aber durch diese Praxis wird die Milchversorgung der Städte erheblich gefährdet. (Was schert das feiste Bauernschädel!)

Die Provinzial-Preisprüfungsstelle weist darauf hin, daß jeder Milchproduzent, der mehr als durchschnittlich den zehnten Teil des Butterpreises für die Milch fordert oder sich gewähren läßt, sich der Preistreiberei schuldig macht. Wer mehr als den zehnten Teil bietet, macht sich gleichfalls schuldig und gelangt zur Anzeige, falls sein Vergehen bekannt wird.

Vor dem Segeberger Schöffengericht ist am 30. Juni der Direktor der dortigen Margarinewerke wegen des oben bezeichneten Vergehens zu drei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Eine Anzahl Landleute aus dem Kreise Segeberg, die sich die höheren Preise hatten zahlen lassen, wurden jeder mit 600 000 Mark bestraft. Die Strafe für die letzteren fiel deshalb so gering aus, weil man annahm, daß sie fahrlässig gegen die Preistreibereiverordnung gehandelt haben.

Die Schwartauer „Fahnenweihe“.

Dr. L. Lübeck, 6. Juli.

Der Mond zieht seine Bahn, auch wenn tausend kleine Kläffer ihn anbellen. Auch dann geht er ruhig seinen Weg, wenn aus dem Lübecker General-Anzeiger eine verhuzelter kleiner Affenpintscher noch so aufgeregt kläfft und winselt; oder wenn in den Lübecker Neuesten Nachrichten ein aufgeregter krummer Pudel sich noch so verrückt gebärdet.

Mit diesem etwas abgeänderten Sinnspruch aus dem Morgenlande wollte mich heute ein älterer Parteigenosse über die gemeinen Beschimpfungen der bürgerlichen Presse hinwegtrösten. Ich bin anderer Meinung. Es muß alles seine Grenze haben.

Herr Knie schrieb im General-Anzeiger, ich sei der „Aufreitscher der Massen“ bei den Vorgängen in Schwartau gewesen. Herr Knie hat dafür sicher Beweise! Ich werde ihm Gelegenheit geben, diese Beweise der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Vor Gericht!

Herr Thiele von den Neuesten Nachrichten hat die Behauptung aufgestellt, ich sei nach Schwartau gegangen, um dafür zu sorgen, daß eine Schlägerei entsteht. Auch Herr Th. wird Gelegenheit bekommen, diese Behauptung zu beweisen.

Und die Lübeckischen Anzeigen werden die gemeine Verleumdung, ich hätte vor Geertz-Hotel die Wölfe warm gemacht, ebenso vor dem Richter verantworten.

Es ist mir wirklich wenig sympathisch, zum Gericht zu laufen. Aber diesmal muß es sein! Die Künstler der Lüge und Verdrehung von der bürgerlichen Presse sollen die Blamage, die sie sich mit ihrer gewissenlosen Leichtfertigkeit eingebrockt haben, auch voll und ganz auslöffeln, das liegt im Interesse der Sache!

Auf bürgerlicher Seite hat man sich seit langem daran gewöhnt, bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit über mich herzufallen. Oft beginnt man dabei mit der naiven Beteurung, man werde mir den Gefallen nicht tun, sich überhaupt mit mir zu beschäftigen; und schreibt dann doch einen ganzen Leitartikel — gegen mich. Ich könnte an das Interesse, das man mir so entgegenbringt, allerlei Bemerkungen knüpfen. Aber nicht heute!

Die Prozesse werden sicher sehr interessant werden. Einstweilen mögen sich die drei Federhelden das vorläufige Ergebnis der Untersuchung der Staatsanwaltschaft mitteilen lassen. Damit sie einen Vorgeschmack bekommen, wie ihr Wahrheitsbeweis aussehen wird.

Schon jetzt weiß ich, daß die Herren auf allen vieren kriechen werden mit der Ausrede, sie hätten eben dem deutschvölkischen Gerede guten Glauben geschenkt und sie hätten nicht meine Tätigkeit in Schwartau im besonderen gemeint, sondern allgemein und so! Jedenfalls wird es sehr interessant werden. Besonders wenn sich Herr Knie von seinem besten und intimsten Zappelgenossen Wittern verteidigen lassen wird.

✱

Am Montag morgen schon in aller Herrgottsfrühe tobte ein älterer Herr im Lübecker Gerichtsgebäude umher. Vor den Räumen der Staatsanwaltschaft. Allgemein glaubte man, es sei jemand aus Strecknitz entlaufen. Bei näherem Zusehen aber war es — Dr. Wittern. Der mich unter allen Umständen verhaften lassen wollte. Haftbefehl! Bekanntlich war es einst für diese Herren der liebste Ausweg, jeden ihnen unangenehmen Menschen festsetzen zu lassen. Das war aber unter Wilhelm. Und Wilhelm ist seit vier Jahren in Holland. Sollte diese Weisheit auch heute noch nicht bis in Witterns niedere Stirn vorgedrungen sein?

✱

Am Kampfsonntag abends 9 Uhr stand ich an einer Straßenbahnhaltestelle in Schwartau und wartete auf die Bahn. Da pöbelte mich auf offener Straße ein „besserer“ Herr ohne jede Veranlassung in unflätigster Weise an. Auf hundert Meter hörbar brüllte er mir „Bluthund“ nach. Als ich ihn verfolgte und ihn bat, sich zu verantworten und mir seinen Namen zu sagen, rückte er wie ein echt teutscher Held aus. Es war Herr Malermeister Brandt! Auch dieser deutschnationale Held wird an anderer Stelle seinen Mut zu beweisen haben.

✱

Doch nun zur Sache selbst! In eingehenden Besprechungen haben wir den Verlauf der ganzen Zusammenstöße genau geklärt. Mehr und mehr stellte sich dabei heraus, daß am Schluß der ganzen Untersuchung nur eines übrig bleiben wird: eine Riesenblamage und ein Reinfall sondergleichen für die Herrchen vom Bismarckbund und für die gesamte bürgerliche Presse. Möge es doch zu einer Gerichtsverhandlung kommen, damit der völlig objektive Tatbestand vor aller Oeffentlichkeit festgestellt wird.

Der heutige General-Anzeiger veröffentlicht einen Bericht über eine Sitzung des Schwartauer Stadtrats. Vielleicht brachte schon dieser Bericht manchen Leser des General-Anzeigers zum Nachdenken. Auch Herrn Knie, wenn er schon wieder in Ordnung sein sollte.

Uebrigens leitete schon gestern eine Auslassung des Bismarckbundes selbst den allgemeinen Rückzug ein. Ganz offensichtlich rückt er von den völlig haltlos gewordenen ersten Schwindeleien ab und sucht die Diskussion auf einige besondere Punkte zu lenken. Wir folgen auch dahin gern.

1. Wer hat den Zusammenstoß verursacht? Wir stellen fest: der Sozialdemokratische Zug war von der Polizei genehmigt; sein Marschplan war genau festgelegt und wurde ebenso genau eingehalten. Von einer „Umbeorderung“ kann also keine Rede sein. Der Hakenkreuzzug war dagegen nicht genehmigt. Trotzdem zog er zweimal mit klingendem Spiel und wehender Hakenkreuzfahne vor dem Arbeiterzug vorbei.

2. Wenn der Hakenkreuzzug wirklich hätte ausweichen wollen, wie behauptet wird, so wäre dazu zehnmal genügend Zeit gewesen. Die Spitze des sozialdemokratischen Zuges brauchte wenigensts acht Minuten, um durch die Elisabethstraße nach der Waldhalle zu kommen. Um dem andern Zug Zeit zum Abzug zu lassen, wurde der Abkürzungsweg durch den Wald absichtlich nicht benutzt.

Vor der Waldhalle kamen die Züge dann in so enge Berührung, daß die vor dem Arbeiterzug hergehenden Mitläufer usw. mit den letzten Hakenkreuzlern ins Gedränge kamen. Dabei mußte natürlich allerlei Aufregung entstehen. Unser Demonstrationszug selbst, wohlverstanden, war daran nicht im geringsten beteiligt.

In dieser Aufregung kam es wohl zu allerlei Anrempelungen beiderseits. Und Beschimpfungen! Ein junger Arbeiter faßte nach dem Tuch der Hakenkreuzflagge, die in provozierendster Weise am Schluß des Zuges — von allen Seiten vom Stoßtrupp von Neumünster — geschwenkt wurde.

Wir wollen bei diesen Reibereien selbst keine Schuldfrage stellen. Wo zwei Züge ins Gedränge kommen, geht es nicht mit Liebkosungen ab. Wir haben auch keinen Grund, wie die Gegenseite alles durch Lügen und Leugnen zu verdrehen. Die Züge mußten eben auseinander!

Was tat statt dessen der Führer der Hakenkreuzler? Er gab das Kommando: Gummiknüppel raus! Und wie eine wilde Meute stürzte sich der Neumünsterer Stoßtrupp — wenigstens ein halbes Hundert 20—22jähriger Burschen — mit Gummiknüppeln und Totschlägern auf die Umstehenden und auf die Spitze des sozialdemokratischen Demonstrationszuges. Der Fahnenträger bekam sofort einen schweern Schlag ins Gesicht; mehrere Arbeiter stürzten unter den Hieben der uniformierten Bande nieder. Kein einziger Arbeiter hatte auch nur die geringste Waffe bei sich. Erst nach Minuten, nachdem Knüppel usw. aufgelesen oder den andern abgenommen waren, konnten die Arbeiter die wilden Hakenkreuzbrüder niederzwingen. Dabei ist es allerdings nicht sanft zugegangen. Die Hakenkreuzler hatten nicht weniger als 32 mehr oder weniger schwer Verletzte. Eine wichtige Feststellung aber: Auf der Arbeiterseite haben an der Schlägerei selbst höchstens dreißig Mann teilgenommen; der Zug selbst stand von Anfang bis Ende völlig aufgeschlossen. Die ganze Faselei von 2000 gegen 200 ist also dummes Zeug. Im ganzen Zuge waren mit Kind und Kegel höchstens 500 Personen. Und davon hat sich nicht einmal ein Zehntel am Kampf beteiligt.

3. Man frägt, ob Dr. Leber nicht gesehen habe, daß bei Geertz Hotel eine Tür mit Knütteln oder Gasrohren aufgestemmt worden ist? Nein, das hat er wirklich nicht gesehen! Die Tür ist auch gar nicht aufgestemmt oder gar zerschlagen, wie der kühne Berichterstatter des General-Anzeigers behauptete; das Schließblech ist abgesprengt, durch Drücken an der Tür sprang es ab. Besichtigen Sie doch, bitte einmal die Tür, meine Herren. Es sind ja keine Arbeiter mehr da!

4. Nun zur wichtigsten Frage! Man frägt, ob Dr. Leber festgestellt habe, daß die Arbeiter keine Waffen hatten? Ja, das hat er festgestellt. Beim Antreten des Zuges nicht nur, sondern in einem noch wichtigeren Augenblick. Als die Hakenkreuzler die allgemeine Prügelei einleiteten, fehlte den Arbeitern alles, aber auch alles.

Und nun die Gegenfrage: Woher hatten denn die Hakenkreuzler die Gummiknüppel und die Totschläger? Und wozu? Ist es richtig, daß diese Waffen zu dem Zug besonders ausgegeben worden sind? Von einem Schwartauer Herrn?

Ist es nicht merkwürdig, daß keine einzige bürgerliche Zeitung diese Frage aufwirft. Wir möchten den Skandal nicht erleben, wenn man uns nachweisen könnte, daß wir hundert oder zweihundert Gummiknüppel verteilt hätten.

Ein Gesamturteil: Die Hakenkreuzler haben mit einer Prügelei gerechnet und sie wollten sie durchfechten. Nun haben sie Prügel bekommen und jetzt schreien sie Zeter und Mordio. Schade ist nur, daß die Hiebe auf die armen verhetzten jungen Burschen niedersausten. Die Hauptschuldigen hätten sie haben müssen, die aber blieben im Hintergrund und saßen irgendwo im Keller!

Uebrigens hatte Hakenkreuz schon am Sonnabend einen Auftakt geboten zum Sonntag. Am Sonnabend provozierten die mutigen Helden in der Waldhalle mehrere Zwischenfälle; und offen hat man dabei geprahlt, morgen werde man Dr. Leber mal ordentlich „abreiben“.

Es ist nun anders gekommen. Und das ist gut so. Mögen die jungen Burschen daraus eine Lehre ziehen. Wenn ihre berufenen Erzieher sie falsch erziehen, so müssen Arbeiterfäuste sie eben auf den richtigen Weg zurückführen. Laßt in Zukunft Gummiknüppel und Revolver zu Hause.

Zum Schluß wollen wir noch eine Warnung aussprechen. Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß man am nächsten Sonntag verstärkt wiederkommen will, um Rache zu nehmen. Seht euch vor! Die Sache könnte noch schiefer ausfallen, als das erste Mal. Und das zweite Mal wäre der Ruf nach der Staatsanwaltschaft noch lächerlicher als jetzt.

Die Lübecker Arbeiterschaft hat mit dem gesamten Hakenkreuzputt in einer Stunde Schluß gemacht! Und sie wird auch in aller Zukunft das Mörderzeichen, die Provokation der Geheimbünde und die Frechheiten verhetzter „Halbstarker“ gegen Republik und Sozialismus nicht mehr dulden!

Den Lübecker Proletariern aber wollen wir eine Frage vorlegen: Ist der General-Anzeiger, das Blatt für „jedermann“, auch heute noch wert, in Proletarierhäusern gehalten zu werden? Das Blatt, das vor den gemeinsten Lügen und Verdrehungen nicht zurückschreckt, wenn es der Arbeiterschaft einen Fußtritt versetzen kann. Heraus aus den Arbeiterhäusern mit dieser haßerfüllten Feindin unserer Sache! Bestellt sie in Massen ab! Das ist die einzig mögliche und die einzig würdige Antwort!

Der Streik auf dem Hochofenwerk beendet!

Nachdem am Mittwoch die Arbeit auf dem Hochofenwerk geschlossen eingestellt wurde, wurden seitens des Metallarbeiter-Verbandes sofort Verhandlungen angebahnt, um eine Basis für die Beendigung des Kampfes zu finden. Diese Verhandlung fand am Donnerstag morgen unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Publschneider statt und wurden dort seitens der Direktion folgende Zugeständnisse gemacht:

1. Allen Arbeitern des Hochofenwerks wird infolge der eingetretenen Geldentwertung für die letzte Woche des Monats Juni eine Nachzahlung von 1000 Mark pro Stunde gewährt. Dies bedeutet praktisch, daß der Stundenlohn des Platzarbeiters für die erste Woche im Juli (um die der Kampf ging) 11 500 Mark beträgt. Die vorgeschlagene Regelung ist insofern für die Belegschaft von Vorteil, weil dieser Zuschlag nebst den Zuschlägen für Wechselschichten und Sonntagsarbeiten für volle 7 Tage gewährt wird. Würden sie auf die Löhne der ersten Woche im Juli gelegt werden, so würden die Arbeiter nur für 5 Tage in den Genuß dieser erhöhten Sätze kommen, weil die Streiktage abgerechnet werden müssen.

2. Der Lohn für die zweite Woche im Juli beträgt für den Platzarbeiter 14 000 Mark pro Stunde.

3. Die Sozialzulage, die bisher 100 Mark pro Stunde betrug, wird ab 1. Juli auf 200 Mark pro Stunde erhöht.

4. Um der Geldentwertung vorzubeugen, erhalten alle verheirateten Arbeiter einen Abschlag auf geleistete Arbeit von 200 000 Mark, alle unverheirateten Arbeiter und Frauen einen solchen von 100 000 Mark, der am kommenden Montag zur Auszahlung kommt und bis auf weiteres bestehen bleibt und bei fortschreitender Geldentwertung noch erhöht wird.

Zu diesem Angebot nahm die Belegschaft in drei Versammlungen Stellung und beschloß in geheimer Abstimmung abzustimmen, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte oder nicht. Für die Ablehnung dieses Angebots stimmten 710 Kollegen, für Annahme 464. Da die vorgeschriebene Mehrheit für den Streik nicht mehr vorhanden war, wurde die Arbeit zum Teil noch am gleichen Tage wieder aufgenommen.

Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
J. A.: A. Löwigt

Die Löhne auf den Seeschiffswerften.

In der Lohn- und Tarifstreitsache zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung Hamburg, und der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, Abt. Seeschiffswerften, Hamburg, hat der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Sonderschlichtungsausschuß in der Sitzung zu Hamburg am 4. Juli folgenden Schiedsspruch gefällt:

„Die sämtlichen Lohnquellen des Tarifes O 2, 3 und 5 erhöhen sich mit dem Beginn der laufenden Lohnwoche um 55 Proz. und mit dem Beginn der nächsten Lohnwoche um 70 Proz., mit der Maßgabe, daß die errechneten Stundenlöhne auf volle hundert Mark nach oben aufzurunden sind."

Die Sozialzulage erhöht sich ebenfalls für die erste Woche um 55 Proz., für die zweite Woche um 70 Proz. Da der Schiedsspruch bereits ab 2. Juli Geltung hat, mußte die Erklärung über Annahme oder Ablehnung sofort erfolgen. Die Verhandlungskommission hat aus diesem Grunde dem Schiedsspruch zugestimmt. Eine Urabstimmung findet somit diesmal nicht statt.

Bürgerschaftsvorlagen.

Ueberweisungen der ehemaligen Armenländereien in Moorgarten an die Gemeinde Moorgarten. Nachdem die Gemeinde Moorgarten eine selbständige Gemeinde geworden ist, hat deren Gemeindevorstand beantragt, der Gemeinde eine zurzeit noch 3948 Quadratmeter große Katasterparzelle der ehemaligen Armenländereien in Moorgarten unentgeltlich zu überlassen. Die Finanzbehörde hat nach Prüfung der Sachlage grundsätzliche Bedenken gegen die Gewährung des Antrages nicht zu erheben, wenn die Gemeinde sich verpflichtet, in den mit dem Landarbeiter Robert Karl Wieck in Moorgarten abgeschlossenen, am 15. Oktober 1931 endigenden Pachtvertrag einzutreten. Hierzu ist die Gemeinde bereit. Der Senat ist mit der Abtretung der Ländereien unter der gestellten Bedingung einverstanden und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Die Schankgewerbesteuer soll nach einem Senatsantrag dem heutigen Geldwert entsprechend wie folgt erhöht werden: für die 1. Klasse auf 20 000 Mk. (bisher 750 Mk.), für die 2. Klasse auf 50 000 Mk. (bisher 1500 Mk.), für die 3. Klasse auf 100 000 Mark (bisher 2500 Mk.), für die 4. Klasse auf 200 000 Mk. (bisher 7500 Mk.), für die 5. Klasse auf 500 000 Mk. (bisher 20 000 Mk.).

Erlaß einer vorläufigen Ausführungsbestimmung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt. Die Vorlage vom 2. Juni 1923, betreffend den Erlaß eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922, in der als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes in Lübeck der 1. Juli 1923 vorgesehen ist, ist in der Sitzung der Bürgerschaft vom 18. Juni dem Ausschuß für Wohlfahrtspflege überwiesen worden. Die rechtzeitige Verabschiedung der Vorlage ist hiernach zweifelhaft. Da es indes mit Rücksicht auf den vom Zeitpunkt der Inkraftsetzung ab zu gewährenden Reichszuschuß angezeigt erscheint, diesen Zeitpunkt nicht weiter hinauszuschieben, so legt der Senat den Entwurf einer vorläufigen Ausführungsbestimmung zum RJWG. vor, deren Erlaß die Voraussetzung für die Inkraftsetzung des Gesetzes bildet. Danach soll das bestehende Jugendamt Lübeck bis zum Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes mit den Aufgaben des städtischen Jugendamtes, der Jugendämter des Landgebiets sowie des Landesjugendamtes betraut werden. Alle übrigen in dem Entwurf des Ausführungsgesetzes enthaltenen Bestimmungen sind nicht als Voraussetzung der Inkraftsetzung anzusehen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 26 ist sofort abzuholen.

Hansatheater. Zum letzten Male wird heute, Freitag, 8 Uhr „Bummelstudenten" gegeben. Sonnabend 8 Uhr und folgende Tage: „Im weißen Rößl".

Angrenzende Gebiete.

Bahnhof Gleschendorf. Das Fest der Fahnenweihe begeht am Sonntag, dem 29. Juli, der Ortsverein der VSPD. in Bahnhof Gleschendorf. Alle umliegenden Brudervereine sind hierzu eingeladen.

Hamburg. Die Bürgerschaft genehmigte den Senatsantrag auf Bewilligung von 17½ Milliarden Mark zur Aufhöhung des Industriegebiets zwischen Billbrook- und Tidekanal und stimmte der Senatsvorlage auf Erhöhung des Grundsteuergesetzes um das 30fache zu.

Leer. 87 Millionen Mark für einen Bullen. Auf der gestrigen Auktion ostfriesischer Zuchttiere wurde für Kühe und Rinder 12 bis 8[illegible] Millionen Mark bezahlt. Für wertvolle Tiere legte man wahnsinnige Preise an; so wurde ein Bulle mit 87 Millionen Mark bezahlt.

Sport.

Fahnenweihe des ATV. Kücknitz. Wochen angestrengter Arbeit sind vorbei. Ein Werbefest für die Arbeiterturnbewegung, wie es besser nicht gedacht werden kann, hatte seinen Abschluß gefunden. Freundlich grüßte die festlich geschmückte Turnhalle die zahlreich erschienenen Gäste und Freunde der Arbeiterturnbewegung. Festesstimmung beherrschte auch alle Darbietungen des gut zusammengestellten Programms, welches mit einem Turnerlied Anfang und Abschluß fand. Nach einem treffenden und zündend vorgetragenen Prolog des Genossen Heidmann und kurzen Begrüßungsworten wechselten in bunter Folge turnerische Darbietungen der Frauen- und Männerabteilung mit Rezitationen, gesprochen von Frau Cl. Niemann-Heidmann und Lieder zur Laute von Herrn K. Heidmann. Für den musikalischen Teil sorgte neben dem Konzertinaklub entgegenkommenderweise der Kücknitzer Mandolinenklub. Trüb und wenig freundlich zeigte sich der Sonntag, als die Leichtathleten ihre Wettkämpfe begannen. Etwas später begann das Geräteturnen der Wetturner. Dann folgten Schlag auf Schlag Faust- und Schlagballspiele bis zur Mittagspause. Die zum Teil recht spannenden Spiele, wie auch alle anderen Darbietungen fanden ungeteilten Beifall der trotz unfreundlichen Wetters zahlreich erschienenen Zuschauer. Kurze Mittagspause, dann Fortsetzung der Spiele sowie Darbietungen im Musterriegenturnen der Frauen- und Männerabteilung. Regenschauer sorgten für Abkühlung und Befeuchtung ohne aber Turner und Sportler von ihren Darbietungen abhalten zu können. Zum Akt der Fahnenweihe hatten sich dann zahlreiche Vereine mit ihren Fahnen eingefunden. In packenden Worten hielt Gen. Heidmann die Weiherede. So mancher Arbeiter in bürgerlichem Verein wird sich die Worte nicht hinter den Spiegel gesteckt haben. Er gedachte der schweren Drangsalierung der Arbeiterturnvereine und der hohen sittlichen und kulturellen Aufgaben, die gerade den Arbeiterturnvereinen noch jetzt bevorstehen. Nach begeistert aufgenommenen „Frei Heil" und der Entfaltung der neuen Fahne formierten sich die Massen unter Vorantritt des Bezirks-Trommler- und Pfeiferkorps zu einem Festzuge nach Israelsdorf, woselbst ein Festball stattfand.

Resultate der leichtathletischen Wettkämpfe. Fünfkamp. Oberstufe. I. Walter Rückriem (A.T.V. Kücknitz) 278 P., A. Sternberg (Kücknitz) 196 P., Buschberg (Schwartau) 192 P., H. Kock (Kücknitz) 193: Mittelstufe: Fr. Bienert 352 P., Timpen 288 P., K. Kutz 235 P., sämtlich A.T.V. Kücknitz. Dreikampf: Jugend. Gründert (A.T.V. Lübeck) 290 P., Lembke (A.T.V. Lübeck) 276 P., Groth (A.T.V. Lübeck) 260 P., Fimm (A.T.V. Kücknitz) 171 P. Frauen. E. Holl 144 P., E. Rückriem 142 P., L. Klett 118 P., A. Habrecht 113 P., Frau E. Schmidt 111 P. Gerätewettturnen. Oberstufe: O. Tschenschimieck (A.T.V. Kücknitz) 50 P., Josef Kendzierski (A.T.V. Kücknitz) 49 P., Willi Senf (A.T.V. Kücknitz) 37 P., Hermann Jacobsen (A.T.- u. Sp.V. Lübeck) 30 P., Mittelstufe: Richard Grimm (Fr. Turnerschaft Ratzeburg) 44 P., P. Kleppeck (Fr. Turnerschaft Ratzeburg) 40 P., Heinrich Kleve (A.T.- u. Sp.V. Lübeck) 38 P., Thim (Fr. Turnerschaft Ratzeburg) 37½ P. Schlagballspiele. Einigkeit I (Jgd.)—Kücknitz I (Jgd.) 49:45, Einigkeit I (Sbg.)—B. S. Vorwärts I (Lübeck) 39:50, Einigkeit I (Sbg.)—Kücknitz I 34:47. Faustball. Einigkeit I—Kücknitz I 28:73, Wilhelmsburg I (Hamburg)—Kücknitz I 128:105, Wilhelmsburg I—A.T.V. Lübeck 71:43. Fußball. F.S.V. I Lübeck—A.T.V. Lübeck (Alte Herren) 0:3. F.C. Eintracht, Lehe I—A.T.V. Kücknitz I 0:1. A. Sternberg.

Landarbeiter, seid gewarnt!

Die Kommunisten beabsichtigen schon seit langer Zeit, die Landarbeiter in einen Streik zu hetzen. Jedes Mittel, auch der niederträchtigste Schwindel, muß herhalten, um die Landarbeiter gefügig zu machen. Ein kommunistisches Flugblatt folgt dem andern. Ebenfalls werden überall Bezirksversammlungen einberufen, und wenn sie noch so schlecht besucht waren, wird in den Zeitungen geschrieben, daß die Landarbeiter stundenweit zusammengeströmt seien. Dabei steht fest, daß sie sich in mancher Gaststube haben nicht wiederfinden können. Mit der Wahrheit braucht man es ja auch nicht genau zu nehmen. Jetzt hat in Eutin sogar eine Gaukonferenz der Landarbeiter stattgefunden. Wie es dort zugegangen ist brauchen wir nicht ausführlich zu schildern. Neben Urbahns-Hamburg sprachen noch einige andere Kommunisten, die alle mehr oder weniger die Gauleitung angriffen. Zum Verband müßten zwar alle halten, aber ohne die Gauleitung könne man fertig werden. Ein Redner brachte wenigstens den Mut auf zu sagen, daß man vor einem Streik die Gewißheit haben müsse, daß jeder Landarbeiter mitmache, Solidarität und Opfersinn bezeige. Kreisweise wurde zusammengetreten und unter sich beraten, ob der Streik auch in den übrigen Kreisen bereits zu Mittwoch angesagt werden sollte. Da sind dann unsere Kollegen von der Provinz Lübeck, die noch zu uns halten, an mich herangetreten und waren mit mir einig, daß wir diesen Quatsch nicht mitmachten. Die Unorganisierten waren anderer Meinung. Wir, so schreibt ein Landarbeiter an die Gauleitung, haben uns nicht zum Wort gemeldet, sondern haben bei unserer Beratung den Kommunisten Urbahns herangeholt und ihm unsere Meinung von der Provinz Lübeck gesagt, daß er von den Anhängern der Kommunisten falsch unterrichtet sei, daß sie überhaupt nicht organisiert wären und die Sache für uns somit erledigt sei.

Die Kollegen teilen der Gauleitung ferner mit, daß sie auf keinen Fall Aufrufen zu Streiks Folge leisten, die von Leuten kommen, welche nachher nichts zu verantworten haben. Nur die Parole der Gauleitung ist maßgebend. Wie leichtgläubig die Kollegen sind, beweist eine Konferenz, die in Eckernförde stattgefunden hat. Da steht in einem Versammlungsbericht zu lesen: „Der Kollege Bethke aus dem Kreise Rendsburg schilderte in vortefflichen Ausführungen unsere Lage, indem er es verstand, den Niedergang unserer Lebenslage an Hand von Beispielen klarzulegen, um uns vor dem Niedergang zu retten, und daß die Landarbeiter es sind, die dem Arbeitgeber im Ernstfalle den größten Widerstand entgegenbringen können. Die übrigen Redner schlossen sich diesen Ausführungen an." Also auf einer Mitgliederversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes schwingt ein Nichtorganisierter nach Auffassung unserer Kollegen großartige Reden, und die Landarbeiter klatschen Beifall, statt diesen Burschen bei Kopf und Kragen zu kriegen und ihn vor die Tür zu befördern. Sie können ja nach dem Kreise Rendsburg gehen und sich dort erkundigen, welche Vergangenheit Bethke in unserem Verbande hinter sich hat. Nicht umsonst hat er es freiwillig vorgezogen, sich aus unseren Reihen zu entfernen. Wie uns bekanntgeworden ist, soll in einigen Ortsgruppen im Kreise Eckernförde beschlossen sein, am Donnerstag oder Freitag die Arbeit niederzulegen. Wir warnen unsere Landarbeiterkollegen in letzter Minute nochmals dringend, solchen Aufrufen zu folgen; denn dieser von den Kommunisten eingeleitete Streik wird in keiner Beziehung vom Verbandsvorstand unterstützt. Die Kollegen haben für ihre Handlungsweise die volle Verantwortung selbst zu tragen. Betr. Unterstützung und Leitung desselben müssen sie sich an Urbahns, Schürer, Bethke und Genossen wenden. Wir geben dieses bekannt, damit keiner nachher sagen kann, wir haben nichts davon gewußt, sondern glaubten, es käme dieser Bescheid von der Gauleitung. Wenn Ihr also durch solche Streiks Eure Organisation nicht zerschlagen wollt, dann folgt nur der Parole der Gauleitung!

Die Gauleitung.

Wetterbericht.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 5. Juli. (Nachdruck verboten.)

8. Juli: Sehr warm, vielfach heiter, schwache östliche Winde, Temperatur erhöht, trocken. — 9. Juli: Fortdauer der herrschenden Witterung bei erhöhter Luftwärme. — 10. Juli: Keine wesentliche Aenderung bei hochsommerlichen Temperaturen. — 11. Juli: Sehr warm, schwül, vorwiegend heiter, trocken. Jedoch im S., SW. und W. beginnende Gewitterneigung. — 12. Juli: Fortgesetzt schwül, zunächst noch heiter, später zunehmend bewölkte, auffrischende SW.- und S.-Winde; vielfach Gewitterbildung, besonders im S. und W. Im übrigen trocken. — 13. Juli: Teils heiter, nachmittags stark wolkig, vielfach Gewitter im ganzen Bezirk mit starken Regenfällen und böigen, teilweise stürmischen Winden aus SO. bis SW. — 14. Juli: Kühler, stark wolkig, böige S.- bis W.-Winde, verbreitete schwere Gewitter mit ergibigen Regenfällen.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in **Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23"** eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist. — In allen Apotheken und Drogerien zu haben. (3774

Amtlicher Teil

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt

der Freien und Hansestadt Lübeck Nr. 47 vom 6. Juli 1923 enthält: (3780

Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 5. Mai 1923, betreffend das Verbot der Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland und den Nachfolgestaaten. — Gebührenordnung des Statistischen Landesamts. — Dritter Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 27. Januar 1923, betreffend Erhöhung des Hafen- und Lotsengeldes.

Höchstpreise ab 7. Juli 1923:

a) **Markenbrot:**

Roggengrobbrot	1900 Gr.	4200.— Mk.
Graubrot	1800 Gr.	4500.— Mk.
Feinbrot	1500 Gr.	4800.— Mk.

b) **Vollmilch** Mk. 4000.— je Liter.

c) **Brennstoffe:**

	Ab Lager	Frei Haus
Brechkoks, über 30 mm	„ 78700.—	„ 76700.—
Braunkohlen-Briketts oder Halbsteine	„ 84700.—	„ 87700.—
Grubenkoks	„ 84800.—	„ 87600.—
Eiform-Anthrazit-Briketts	„ 74400.—	„ 77400.—

Lübeck, den 6. Juli 1923. (3809

Das Landesversorgungsamt.

Güterrechtsregister.

Am 4. Juli 1923 ist bezüglich der Ehe des Arbeiters **Johann** Joachim Gottlieb **Soltau** und **Anna** Maria Katharina geb. Hilber verw. Gerhardt in Lübeck eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises keine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

3781) **Amtsgericht Lübeck.**

Beschaugebühren.

Die seitens des Gesundheitsamtes halbmonatlich festgesetzten Beschaugebühren sind bei den Polizeibezirken einzusehen. (3798

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 der G.-O. und des § 2 der M.-O. wird verordnet:

1. Die Apotheker sind berechtigt, auf den nach Nr. 1 I—III der allgemeinen Bestimmungen der deutschen Arzneitaxe berechneten Verkaufspreis einer Arznei — also ausgenommen die nach Nr. 2 der allgemeinen Bestimmungen zu berechnenden abgedeckten bezogenen Arzneimittel oder Arzneien — einen Teuerungszuschlag von 33⅓ % zu erheben.

2. In Nr. 23 der allgemeinen Bestimmungen der Arzneitaxe sind folgende Aenderungen vorzunehmen:

Unter a) statt 450 und 900 Mk. sind zu setzen 900 und 1800 Mk.
„ b) statt 900 Mk. ist zu setzen 1800 Mk.
„ c) „ 1350 „ „ „ „ 2700 „
„ d) u. e) „ 300 „ „ „ „ 600 „

Vorstehende Aenderungen treten mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab in Kraft.

Lübeck, den 5. Juli 1923.

3772) **Der Gesundheitsrat.**

Nichtamtlicher Teil

Danksagung.

Für die zahlreichen Kranzspenden und Beweise herzlich. Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes, sowie Herrn Pastor Lahusen für die trostreichen Worte danken herzlich (3779

Dora Hagen
und Kinder.

Sofort ein (3792

jg. Arbeitsbursche

gesucht.

H. Bade, Brauerei.

1 Herrenfahrrad

zu erhalten, 1 250 000 M. 3802) Königstr. 113, part.

Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.

Eutin, den 4. Juli 1923.

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1923 hat der Kassenvorstand mit Wirkung **vom 2. Juli d. Js. ab** den Grundlohn nach dem durchschnittlichen Entgelt der Mitglieder bis auf 54 000 Mk. für den Kalendertag festgesetzt. Demzufolge sind die Lohnstufen, Grundlöhne usw. wie folgt ergänzt:

Lohnstufe	Arbeitsverdienst für den Kalendertag bis einschließlich M.	Arbeitsverdienst für die Woche bis einschließlich M.	Arbeitsverdienst für den Monat bis einschließlich M.	Grundlohn M.	Wochenbeitrag M.	Krankengeld für den Kalendertag M.	Sterbegeld M.
XX	25 800	180 600	774 000	24 000	14 440	12 000	480 000
XXI	29 000	203 000	870 000	27 000	15 120	13 500	540 000
XXII	32 400	226 800	972 000	30 000	16 800	15 000	600 000
XXIII	36 000	252 000	1 080 000	34 000	19 040	17 000	680 000
XXIV	39 800	278 600	1 194 000	38 000	21 280	19 000	760 000
XXV	43 800	306 600	1 314 000	42 000	23 520	21 000	840 000
XXVI	48 000	336 000	1 440 000	46 000	25 760	23 000	920 000
XXVII	52 400	366 800	1 572 000	50 000	28 000	25 000	1 000 000
XXVIII	üb. 52 400	üb. 366 800	üb. 1 572 000	54 000	30 240	27 000	1 080 000

Die aus Anlaß der Grundlohnerhöhung zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Löhne sind der Kasse **bis zum 9. Juli d. Js.** von den Arbeitgebern aufzugeben. Falls nicht bis zum genannten Tage eine Mitteilung des Arbeitgebers über einen geringeren Arbeitsverdienst des Beschäftigten erfolgt, werden die Pflichtmitglieder der bisherigen höchsten Stufe XX der jetzigen höchsten Lohnstufe XXVIII zugeteilt werden. Mitglieder haben auf die höheren Kassenleistungen nach einem Grundlohn von über 15 600 Mk. erst vom 2. Juli und von mehr als 24 000 Mk. erst vom 30. Juli d. J. ab Anspruch.

Gleichzeitig ist mit Wirkung vom 2. Juli d. J. ab die Versicherungspflicht für Betriebsbeamte, Angestellte usw. mit einem Jahresarbeitsverdienst bis einschließlich 21 000 000 Mk. ausgedehnt worden. Die Arbeitgeber haben die der Versicherungspflicht neu unterstellten Beschäftigten **bis spätestens 9. Juli d. Js.** bei der Kasse vorschriftsmäßig anzumelden.

Es wird Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß von Arbeitgebern, die mit der Zahlung der Beiträge länger als eine Woche von der Zahlungsaufforderung ab in Verzug sind, ein Zuschlag zu den Beiträgen erhoben wird, der für jede Woche des Verzugs vom Beginn der zweiten Woche ab zehn vom Hundert des Beitrages beträgt.

3794) **Der Vorstand.** H. Steenbeck.

Zu verkaufen w. Voilekleid und w. seid. Bluse, Gr. 44. (3800
Johannisstr. 76, Flg. pt.

Sofa, 3 Stühle, Vertiko, Küchenschrank, Bettstelle mit Sprungfedermatr. zu verkaufen (3795
Hartengrube 31.

1 Wanduhr (Freischwinger), 350 000 Mk. 3801) Königstr. 113 pt.

Gasherd zu verkaufen. 3788) Hartengrube 29.

Anzug zu kaufen gesucht (schlanke Figur). Ang. mit Preis unt. G 27 an die Exp. d. Bl. (3789

Sonnabend:
Ia. Füllenfleisch
get. Mettwurst
Heinr. Dieckvoß
Obertrave 12.

C. Kühn,
Schulstr. 9 b. (7978

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch, Platin. (3776
Uhrmacher **Hübner,**
Fünfhausen 13.